

Cüber der Volksbote

Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der „Cüber der Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausländer monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sieben geistigen Klassifizirungen oder deren Raum 180 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pf., Reklamen 500 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Mr. 59.

Freitag, den 11. März 1921.

28. Jahrgang.

Rechts oder links?

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.“ Das war die Parole der Rechtspreiße vor den Londoner Verhandlungen und während der Krise. Nun nähern wir uns mit Sieben-Meilen-Schritten diesem „Ende mit Schrecken.“ „Was nun?“ Das ist die Frage, die alle bewegt. Der Rechtsradikalismus ruft nach einer befreien den Tat. Ein neuer Anfang, eine Wendung soll kommen. Sie müsse kommen. Die Dinge spüren sich zu. Da für sorgt doch Klare Bahn ist nötig, nach innen und nach außen. Die Frage der Regierungsbildung in Preußen hat Konsequenzen. Jeder fühlt das. Richtung, Ziel, Programm und Methoden hängen von dieser Entscheidung in Preußen ab.

Die deutsche Politik ist seit dem Zusammenbruch belastet mit dem Fluge der Halsheit. Die Spaltung der Arbeiterbewegung, die kommunistische Töhlhäuslerie und das in Deutschland unausrottbare Spießertum bemühten sich nach Kräften, alle Ansätze zu einer klaren Politik der Linken zu hemmen. Weil die Linke sich nicht auf den ersten Sprung durchsetzen konnte und weil die Rechte unmöglich war, erforderte man den bequemen Ausweg der „Politik der Mitte“. Man spänt den Monarchisten und Demokraten zusammen an einen Wagen. Der Wagen kommt nicht vorwärts. Heute ist er richtig festgeschnitten. Nun stehen wir wieder vor einem neuen Abschnitt, vor einer neuen Nervenprobe, einer moralischen Kraftprobe des Volkes. Wird man aus der Vergangenheit lernen? Der Blick des Volkes muss entweder nach rechts oder nach links gerichtet sein. Das Schießen nach zwei Seiten muss auf hören. Die Deutsche Volkspartei will abermals die Furchtlosen einschüttern. Sie erklärt, dass sie aus der Reichsregierung austreten müsse, wenn man sie nicht in die preußische Regierung hineinlässt. Kann diese Drohung schrecken? Sie schreckt nur die, die sich auch heute noch nicht zu einem klaren Entschluss durchringen können. Tritt die Sozialdemokratie an die Stelle der Deutschen Volkspartei, dann sicherlich nicht mit der Absicht, die Rolle des Feuerwehrmannes zu spielen, die ihr die Deutsche Volkspartei und ihre Verwandten bei anderen bürgerlichen Parteien zugesetzt haben.

Der Vormarsch der Entente ins Ruhrgebiet beschert uns eine neue Kohlenkrise. Die Entente muss sich an der deutschen Kohle vergreifen; denn sie ist ein Hauptdruckmittel.

Auf wen sollen sich unsere Blicke richten? Auf den Bergarbeiter oder auf den Grubenpatzisten? Die Kohlenkrise wird Süddeutschland am empfindlichsten treffen. Im Süden spielt Bayern eine besondere Rolle. Dort schwelt und rumort es bereits. Fehrenbach und Ebert warnen. Aber in Bayern gibt man nicht viel auf Berlin. Torheiten der Orgesch-Lenten würden das Reich aufs Neuerste gefährden. Das Rheinland ist in schwerster Gefahr. Die französischen Nationalisten legen es ganz offen, dass sie jetzt erst ein richtiges Pfand in der Hand hätten. Sie haben es auf die Werkstatt Deutschlands abgelehnt. Erst Zollgrenze und dann wirtschaftliche Grenze. Die rheinische Sozialdemokratie, die sich deutlich hat hören lassen, ist die sicherste Stütze Deutschlands am Rhein. — Der Einmarsch der Entente-Truppen muss auf die Abstimmung in Oberschlesien starken Einfluss ausüben. Auch nach einer für Deutschland günstigen Abstimmung ist das oberschlesische Problem noch nicht erledigt. Auch dort ist die Arbeiterschaft der stärkste Wellenbrecher gegen die Gefahren, die Deutschland drohen. Jeder Wirtmarr in Oberschlesien, dessen Kohle heute eine noch viel größere Bedeutung für Deutschland hat als bisher, wäre katastrophal. Nicht der Nationalismus, sondern der Sozialismus kann in Oberschlesien nach der Abstimmung die Wogen der Leidenschaften beruhigen. Diese Beruhigung ist höchst notwendig nach der Propaganda-Korruption. Die Propaganda der Nationalisten in Oberschlesien ist ein Schulbeispiel dafür, was wir von der berühmten „diplomatischen Offensive“, die uns die Rechtspresse empfiehlt, zu erwarten hätten, wenn ein Bürgerblock auf Deutschland losgelassen würde.

Diplomatische Offensive! Gerade von den Leuten, die bisher doch zur Genüge gezeigt haben, dass der „preußische Typus“ am allerwenigsten sich für schwierige diplomatische Aufgaben eignet. Dieser Typus ist im Augenblick besonders gefährlich, weil sein vorlautes Weinen die Musik verdickt und kein energischer Dirigent da ist, der die Vorlauten zurückweist. Konstantin Fehrenbach ist kein Geigenspieler. Wie könnten ausländische Korrespondenten nur auf diesen Gedanken kommen? Die Musik des Kabinetts entbehrt nur zu sehr der ersten Violine.

Diplomatische Offensive! Ihr Kernstück ist die Frage des Wiederaufbaus in Nordfrankreich. Die Machthaber der Entente verstehen sich schlaueweise bei ihren Expressionsversuchen hinter dem Kriegsrückpell und Kriegswallen ihrer Länder. Mit den Kriegspostenen suchen sie die Vollmasse an dem großen Expressionsgeschäft zu interessieren. Das Dach über dem Kopf ist für die Bewohner Nordfrankreichs so wichtig als die Pension. Deshalb darf der Ruf: „Wir wollen Euch helfen“ bei uns nicht vermissen. Dem Greuelbilderbuch Bränds, das Lloyd

Görres verschenkt, ein Wiederaufbau will der Buch zur Seite! Die französischen Bauarbeiter-Gewerkschaften sollen zu ihren Landsleuten sagen können: Da sieht her, so baut man in Deutschland die Ruinen wieder auf! Was in Ostpreußen möglich war, kann auch in Nordfrankreich möglich sein.

Die Schuldfrage gehört auch in die diplomatische Offensive. Gewiss, aber erfolgreich kann dieses Kapitel nur dann sein, wenn die Nationalisten, die Heßleriche und Tirpize ihre Hände davon lassen.

Man kann auch auf dem Umwege über die innere Politik recht gut Außenpolitik treiben. Man hat das während des Krieges, bei der Wahlrechtsfrage nur zu sehr außer Acht gelassen. Heute wäre eine Offensive gegen die Plutokratie eine wirkungsvolle Vorbereitung für diplomatische Offensiven. Pressebälle in der Stadt des Kinderehrens,

Gäste in im Ausland, deren Kostenrechnung die Engländer nach London melden, das Sich-Ausleben des „preußischen Typus“ bei Schiffstaufen und andere ähnliche Dinge sind für diplomatische Offensiven außerordentlich schädigend. Scharfer Kampf gegen die Plutokratie ist nötig, wenn wir es verhindern wollen, dass selbst sozialistische Blätter in Frankreich den Kampf zwischen dem deutschen Volke und der Entente als einen Kampf zwischen den Opfern in Frankreich und anderen Ländern gegen die Barbareien der deutschen Plutokratie hinstellen.

Diplomatische Offensiven sind für Deutschland nur dann erfolgreich, wenn ein Rückzug links den Ententemächten ihre Vorwände aus der Hand schlägt und die Maske vom Gesicht nimmt. Nur der Rückzug links bringt Revision, der nach rechts Reaktion, wenngleich Stresemann das abstreitet.

W. St.

Die Fesseln der Entente.

Vertrauensvotum für Simons.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand Donnerstag vormittag eine Sitzung des Kabinetts statt, in der Dr. Simons Bericht erstattete. Das Kabinett billigte einmütig dessen Tätigkeit in London. Damit scheint die Regierungskrise überwunden zu sein. Auch die Vertreter der Regierungsparteien, und selbst die Deutsche Volkspartei, die die heftigsten Angriffe gegen Simons erhoben hatte, wurde vorläufig anderer Meinung, nachdem der Außenminister über das Verhalten in London im Auswärtigen Ausschuss Ausklärungen gegeben hatte. Die Sozialdemokratie hat vorläufig keinen Anlauf gegen den Minister Simons irgendwie Stellung zu nehmen. Denn wenn auch das letzte Angebot des Reichsaußenministers in London für Deutschland unerträglich scheint, so hat er es doch bloß in der Absicht gemacht, um dem deutschen Gebiet die Besetzung zu ersparen. Die Unionen müssen daher eine ähnliche Haltung einnehmen. Auch die deutschnationale Opposition äußerte sich gestern nach der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses nicht mehr in Trompetenstößen, sondern in einer Rückzugskanone. Bis auf weiteres werden somit dem Minister Simons, wie auch dem Kabinett Fehrenbach keine erheblichen Gefahren drohen. Damit ist freilich die Frage, was jetzt werden soll, noch nicht gelöst.

Die Kundgebungen bei der Heimreise Simons in Berlin haben sich doch etwas anders herausgestellt, als der bürgerliche Telegraph meldete. Auf dem Bahnhof in Berlin hat der nationalsozialistische Mob (man weiß, wie die „spontanen“ Kundgebungen entstehen!) sich nicht nur im Hurra schreien überfallen, sondern man zog durchlässlich den Londonfahtern die Kleider und Uniformen (!) vom Leibe, und einem Mitglied der Londoner Delegation kam sogar sein Koffer abhanden. Die Sozialdemokratie hat also alle Ursache, dem schädlichen Treiben der Reaktion auf die Finger zu schauen. Schon empfiehlt die Reaktion offen und unverhüllt die Sabotage aller Verträge und die Boykottierung des Auslandes. Vor solcher Politik muss ein dringlich gewarnt werden.

Die Zollgrenze.

Der Oberste Rat beschloß, dass die Zolllinie am Rhein, nicht wie ursprünglich vorgesehen war, die Brückenköpfe umfassen sollte, sondern auch die drei neu besetzten Städte. Demnach wird die Zolllinie sich auch auf das rechte Rheinufer erstrecken. Über die Art der Zolltarife, die in Geltung treten sollen, ist noch kein Beschluss gefasst worden. Die interalliierte Rheinlandkommission soll hierüber erst den verschiedenen Regierungen Bericht erstatten. Der Oberkommissar der Rheinlandkommission soll an die Botschafterkonferenz nach Paris berichten, die dann über die Tarife endgültig entscheiden wird. Da Italien an der Besetzung des Rheinlandes nicht beteiligt ist, wurde der Oberkommissar angewiesen, die italienische Regierung zu ersuchen, einen Vertreter in die interalliierte Rheinlandkommission zu entsenden.

Die wichtigste Entscheidung, die getroffen wurde, besteht in der Annahme des Grundfaktes der Anwendung der Strafmaßnahmen für alle Verstöße Deutschlands gegen den Versailler Vertrag, sei es, dass es sich um die Entwaffnung handele oder um die Auslieferung der Kriegsschuldigen, oder um sonstige Verpflichtungen.

Gegen französische Annexionsabsichten.

Wie in der gesamten nichtsozialistischen Presse Frankreichs, so wird auch im Parlament bereits die Parole ausgegeben, dass die Besetzung rheinischen Gebietes nur als ein erster Schritt auf dem Wege zu weiteren Gebietsabschöpfungen hingenommen werden könnte und dass die französischen Truppen unter keinen Umständen aus Düsseldorf zurückgezogen werden dürfen, selbst wenn Deutschland schließlich die Pariser Bestimmungen unterschreiben sollte. Mit besonderem Eifer hat Bonnard in den Monatsgängen des Senats für diese Forderung der Annexionspartei Stimmung gemacht. Selbst wenn

Deutschland seine Unterschrift unter die Pariser Abmachungen setzen würde, so hätte sie doch nur so lange einen Wert, als Frankreich sein neues Pfand in der Hand behalte.

Diesen Wahnsinnsideen gegenüber veröffentlicht Reuter eine Mitteilung, in der besonders hervorgehoben wird, dass Lord George auf gewisse Kommentare der französischen Presse hingewiesen habe, in denen gesagt wurde, die Errichtung einer neuen Zollgrenze am Rhein könne als der Anfang, wenn nicht der Anfang der Rheinlande, so doch als eine ernste Trennung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland aufgefasst werden. Lord George habe gesagt, obwohl er vollkommenes Vertrauen zu Briand habe und auch zur Vernunft der Mehrheit seiner Landsleute und obwohl er Versicherungen Clemenceaus sowie von Millerand bestrebt, müsse er dennoch eine neue und endgültige Versicherung des Ministerpräsidenten Briand erhalten, da Frankreich weder eine Annexion noch die Autonomie der Rheinlande ins Auge fasste. Ministerpräsident Briand habe formal erklärt, dass unter den verantwortlichen französischen Staatsmännern kein derartiger Gedanke geherrscht habe, und er habe hinzugefügt, es gäbe von hundert Franzosen nicht fünf, die von etwas Derartigem träumten. Lord George habe in seiner Antwort gesagt, er sei sehr glücklich über diese Versicherung.

Briand über London.

Nach einer Pariser Meldung des „Berliner Tageblattes“ wird Briand am Dienstag in der Kammer über London sprechen. Die erste Interpellation darüber ist von dem Abgeordneten Hennessy eingebrochen worden, der besonders dadurch bekannt ist, dass er für die Teilnahme deutscher Arbeiter am Wiederaufbau in Nordfrankreich eintritt. Der Abgeordnete Hennessy hat sich auch bereits dahin geäußert, dass ihm die Anwendung der Sanctionen erst in dem Augenblick zulässig erscheinen würde, wo Deutschland sich geweigert hätte, die zerstörten Gebiete durch deutsche Arbeiter wieder aufzubauen. Weiter meldet dieser Pariser Bericht, dass die bürgerlichen Parteien mit der Anordnung der Sanctionen zufrieden sind, und zwar im Senat noch mehr als in der Kammer. Die Sozialisten der verschiedenen Richtungen hätten bereits Protestversammlungen veranstaltet, und weitere würden folgen. Die Führer erklären aber selber, dass ihre Organisationen zu schwach seien, um etwas Entscheidendes gegen das gewaltsame Vorgehen der Entente zu unternehmen.

Der neue Wilson.

Hadas meldet aus London: Die englischen Zeitungen veröffentlichen ein Telegramm aus Washington, das besagt, dass die amerikanischen Truppen am Rhein bleiben, bis die Reparationsfrage geregelt ist. Harding beabsichtigte, sie sofort nach seinem Amtsantritt zurückzurufen, er glaubte jedoch, dass unter den gegenwärtigen Umständen diese Zurückziehung von den Alliierten ungünstig aufgenommen werden könnte. (!)

Weiteres vor der Besetzung.

Die Nachricht von großen Truppenansammlungen in Hamm und Oberhausen entsprechen nicht den Tatsachen. Auch von einer Besetzung Hamms kann noch keine Rede sein. Allerdings sind in Hamm kleine belgische Truppenabteilungen erschienen; welche den Bahnhof und das Rathaus besetzen. Auch durch Oberhausen kamen verschiedentlich feindliche Patrouillen, die sich jedoch wieder zurückzogen.

Abbruch der deutsch-englischen Handelsbeziehungen?

Bonar Law hat im Unterhaus den angekündigten Gesetzentwurf über die Abgabe von 50 Proz. des Verkaufspreises für aus Deutschland gelieferte Ware eingebrochen. Er teilte mit, dass die Beratungen des Entwurfs jedoch erst nach Ostern beginnen sollen. Die Handelsbeziehungen sollen in Erwartung der durch das Gesetz vorgesehenen Maßregeln abgebrochen werden. Auf die britischen Schäden in Deutschland soll das Gesetz keinen Einfluss haben, ebenso wenig auf die deutschen Schulden in England. Seitdem bisher bekannt, beläuft sich der Gesamtbetrag der englischen Schäden in Deutschland auf 54 Millionen Pf. Sterl., während die deutschen Kaufleute 70 bis 80 Millionen Pf. Sterl. in England zu zahlen haben.

Zur Regierungsfrage in Preußen und im Reich.

Am Donnerstag ist der neue Preußische Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Gleichzeitig hat die alte Preußenerierung ihre Amtseide der Volksvertretung zur Verfassung gestellt. Es muß nun also eine neue Regierung gebildet werden.

Die übergroße Mehrheit unserer Parteigenossen im Lande hat sich in zahlreichen Beichlüssen gegen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ausgesprochen. Die Landtagsfraktion hat sich auf diesen Standpunkt gestellt und bei den internationalen Verhandlungen erklärt, daß sie bereit ist, die alte immer noch tragfähige Koalition beizubehalten, daß sie es aber ablehnt, mit der Deutschen Volkspartei zusammen eine Regierung zu bilden. Das Zentrum hat mit Bestimmtheit erklärt, nicht ohne die Deutsche Volkspartei regieren zu wollen. An diesen Gegensätzen sind die Verhandlungen über die Neubildung der preußischen Regierung einstweilen gescheitert.

Am 20. Februar ist die Regierung Preußens zwar geschwält, aber immer noch so stark aus der Wohlslacht hervorgegangen, daß sie gut in der Lage war, die Regierung weiter zu führen, umso mehr, als aus den fortgesetzten Aufforderungen der Unabhängigen an unsere Partei, die alte Regierungskoalition zu erhalten, geschlossen werden kann, daß die Unabhängigen der preußischen Regierung gegenüber eine ähnliche Taktik üben werden wie sie unsere Partei im Reiche übt. An dem Widerstand des Zentrums sind die Bestrebungen unserer Partei, die alte Koalition zu erhalten, gescheitert. Wenn man der Reichspresse glauben schenken kann, dann werden wir in den kommenden Wochen in Preußen einen Bürgerblock erheben sehen, der uns recht gefährlich werden kann.

Die Sozialdemokratie hat in Preußen gegenüber den Reichswahlern prächtige Erfolge erzielt. Sie hat doppelt so viel Stimmen als Unabhängige und Kommunisten zusammen und ist die stärkste Partei im Parlament. Der Regierungsbund hat eine Mehrheit und dennoch steuern wir einer bürgerlichen Regierung unter Ausschluß der Sozialdemokratie zu. Diese Tatsache birgt große Gefahren für die Arbeiterschaft, für den Sozialismus, für die Republik in sich. Denjenigen, die mit der Taktik der preußischen Genossen nicht einverstanden sind, wird entgegengehalten, daß auch im Reiche trotz der bürgerlichen Regierung kein Abschluß des Acht-Stunden-Tages usw. eingetreten ist, daß die Republik keine Erschütterungen erleidet hat, daß man ohne oder gegen die Sozialdemokratie nicht zu regieren wagt und daß daher auch die für Preußen gehörigen Befürchtungen übertrieben seien. Demgegenüber ist zu bemerken, daß die im Grunde reaktionäre Reichsregierung sicherlich noch viel größere Konzessionen an das Kapital gemacht hätte, wenn nicht ein Preußen bestanden hätte, in dessen Regierung die Sozialdemokratie die Führung hat. In dem Augenblick aber, in dem in Preußen der Bürgerblock regiert, in dem in den preußischen Ministerien keine Sozialdemokratien mehr sind, in dem Augenblick werden die kolossalsten Gefahren für die Republik heraustragen. Eine bürgerliche Regierung wird ohne Zweifel der Demokratisierung der Verwaltung ein Schild gebieten, und das, was sozialistische Minister in dieser Beziehung geleistet haben, rüdigfähig machen.

Das Zentrum glaubt also, ohne die Deutsche Volkspartei nicht leben zu können. Es hat nun einen Ausweg gesucht und den Vorschlag gemacht, die Geschichte einstweilen mal laufen zu lassen und die Regierungsgeschäfte durch die zurücktretenden Minister der alten Koalition weiterführen zu lassen. Worauf das Zentrum hofft, liegt auf der Hand. Trotz der neuzeitlichen deutlichen Abzage unserer Genossen im Reichstage, erwartet es von den feindlichen Bedrückungen die Wirkung, daß unsere Genossen im Reiche wieder in die Regierung eintreten. Es hofft, nach Ostern dann auch einen glücklicheren Boden für seine Vorschläge zu finden.

Die Deutschnationalen sind rüstig dabei, das Eisen zu schmieden. Sie lassen durch die Telegraphenunion die Meldung verbreiten: „Da die Sozialdemokratie sich der Bildung „einer gegen den Druck des Freibundes gerichteten Koalition im Reich wie in Preußen“ verzeigt hätten, hat die deutschnationale Landtagsfraktion nunmehr an die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Deutschdemokratischen Partei die Aufforderung gerichtet, alsbald in Besprechungen über die Gestaltung einer gemeinsamen Regierungskoalition für Preußen und das Reich einzutreten.“ — Man darf neugierig darauf sein, ob Zentrum und Demokraten auch diesen Bissen schlucken werden, nur um die Stinnespartei nicht zu verlieren!

Die früheren konserativen Machthaber in Preußen können es kaum noch erwarten, daß wieder in den Cartell zu hören. Gleich in der ersten Sitzung des neu gewählten Landtags haben sie einen Vorschlag unternommen, um an die Stelle des von ihnen so bitter gehaschten Genossen Otto Braun einen neuen Ministerpräsidenten zu setzen. Der Vorschlag ist in Ordnung. Außer den Kommunisten, die hier wie überall Steigbügelhalter der schwärzesten Reaktion sind, hat niemand ihren Vorschlag unterstellt. Aber der Vorgang ist symptomatisch.

Deutscher Reichstag.

80. Sitzung.

Berlin, 10. März.

In der fortgesetzten Diskussion über den Haushalt des

Ministeriums des Innern

berichtet Abg. Dr. Schreiber (3.) das Reichsjugendmobilfahrtamt und auch das in Aussicht gestellte Geleis gegen die Schundliteratur. Das Geleis gegen die Schundliteratur ist nur eine Folge des im vorigen Jahre verabschiedeten Buchpflegegesetzes. Das Gesetz muß auf ein höheres Niveau gestellt und namentlich der Literatur- und Kulturtum nach mehr in den Vororten treten. Die Kulturmöglichkeit muß auf ein Höchstmaß der Toleranz eingestellt und das Reichsjugendamt in diesem Sinne gesondert werden. Die Familie muß auch mitköoperlicher Tätigkeit leise, und zwar in erster Linie auf dem Gebiet der Schule. Kreis Bildungsorganisationen auch jedenfalls jede Unterstützung zuteil werden, aber nur in Verbindung mit weiterem Hochschulwesen. Die Volkshochschulen haben nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Bildungsförderung nur im Anschluß an die alte bewährte Bildung erfolgen. Die technische Ressource erkennen wir jetzt noch als notwendig an.

Abg. Dr. Egerling (Dsp.): Die Frage, ob Minister Koch die zu einem guten Haushalte erforderliche Sparkamkeit ab sieht bis jetzt so leicht beantwortet. Auch dass es eine eingeschränkte Aussicht werde es bald klar werden, daß die Sparkamkeit bei weiterer Zuliehen doch etwas anders aussehen als sie es wohl früher geplant habe. Wir fordern, daß die Schüler an dem Selbststudienkredit teilnehmen müssen, sowohl nicht die Erziehungsberechtigten beobachten Einspruch dagegen erheben. Dem bestreitbare nicht die tatsächliche Unterlage erheben bleiben. Das Rechte geht nicht auf den Weisheit des bestreitenden Politikers nicht hinreichend hinreichend bewiesen. Wir wollen das gesetzlich gesetztes nicht plausibel unterschreiten lassen.

grausamer die Feinde auf uns einhauen, desto eher wird der Tag kommen, an dem der Deutsche wieder den Deutschen versteht.

Reichsminister des Innern Dr. Koch: In der Frage der Gestaltung des Religionsunterrichts habe ich niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ich es mit dem Sinne und Willen der Verfassung besser vereinbar halte, wenn die Erklärung positiv, als wenn sie negativ gefaßt wird. Ich bin aber nicht in der Lage, das Verlangen eines Landes nach der negativen Erklärung als verfassungswidrig anzusehen. Ich kann dagegen nicht einschreiten. Was ich vorbehunden kann ist, daß etwa die Erklärung der Eltern sabotiert wird. Es erscheint mir nicht zweckmäßig, den Absprung der Verlesung den Schülern in die Hände zu geben ohne der Verfassung ein Vorwort beizugeben, das den Sinn und Zweck der Erklärung klarlegt. Solange nicht der Beweis dafür erbracht wird, daß das Vorwort tendenziös ist, erscheint mir die Kritik ungerechtfertigt und solange kann ich nicht einschreiten. Wenn darauf hingewiesen wird, daß der Etat meines Ministeriums über 2 Milliarden aufweist, so muß ich darauf hinweisen, daß der Etat 1. B. auch die Sicherheitspolitik umfaßt. Die Ausgaben für die Polizei weisen aber allein 1½ Milliarde auf. Weiter muß ich darauf hinweisen, daß in der Statistik mehr als 400 Millionen Mark für die Erfahrung der Tumultschäden enthalten sind. Wir haben auch unser Ansehen, auf dem Gebiete der Jugendpflege mit Ausgaben nicht zu sparen.

Abg. Dr. Moses (MS.): Worum sind die Einwohnerwehren in Bayern nicht aufgelöst? Der Minister hat gesagt, die Kulturaufgabe dürfe nicht leiden unter der Sparkamkeit. Aber wo ist ein einziger Titel, der genügende Mittel einsetzt gegen die physische Schleuderung des deutschen Volkes? Ganze 2½ Millionen werden zur Bekämpfung der Überfüllung eingesetzt. Im Heeresstaat sind Millionen für Spielplätze? Redner wendet sich dann gegen den Luxus. Der Preßball war ein Skandal und ein noch größerer die Unwesenheit der gesamten Regierung auf dem Preßball.

Reichsminister des Innern Dr. Koch: Luxus wird in allen Kreisen getrieben, wenn die Mittel dazu zur Verfügung stehen. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Die Reichsregierung bedauert, daß so viele Schichten anstatt Ersparnisse zu machen und am Wiederaufbau unserer Wirtschaft mitzuhaben, sich heute übertriebenem Luxus hingeben. Die Mittel zur Bekämpfung des Luxus liegen in erster Linie bei den Landesregierungen. Es ist vom Vorsitzenden darauf hingewiesen worden, daß der Reichsfinanz und mehrere Minister an dem Preßfest teilgenommen haben. Wenn der Reichskanzler und mehrere Minister teilnehmen haben, so hoffen sie dies genau auf Grund einer Tradition von mehr als 30 Jahren, und weil die Teilnahme an einem solchen Fest den Zweck hatte, zu befürden, daß die Reichsregierung auf eine enge Fühlung mit der Presse Wert legt und die orale Bedeutung der Presse erkennt. Auf die Gestaltung des Festes im einzelnen hatte die Reichsregierung selbstverständlich keinen Einfluß und kann keinen Einfluß nehmen.

Mit Rücksicht auf die Tagesordnung des Auswärtigen Ausschusses wird nunmehr die Sitzung abgebrochen.

Nächste Sitzung: Freitag, 11. März, 12 Uhr. (Anfragen, zweite Lesung des Reedereiafindungsgelehrtes, Fortsetzung der Staatsberatung.)

Schluß 4 Uhr.

Ein Rückblick in Rußland.

Nach der Belgischen Telegraphen-Agentur soll es der Rüttregierung gelungen sein, den Aufstand in Moskau zu unterdrücken. Die Regierung soll sich jetzt in Moskau so sicher fühlen, daß sie einen Teil der verfügbaren Truppen nach Petersburg entsenden könne, wo der Aufstand sich weiter ausbreite. Nach den letzten aus Riga eingetroffenen Meldungen sollen Tschekki und Sinojewiwo, ihr Hauptquartier in der Peter-Pauls-Festung aufgeschlagen haben, wohin auch der Zarengeneral Blüfflukow, der zum Oberkommandierenden ernannt wurde, berufen sein soll.

Alle Berichte aus Russland sind mit größter Vorsicht aufzunehmen, insbesondere haben sich diejenigen aus Finnland als höchst unzuverlässig erwiesen. Nach dem „Ost-Express“ dauert die Unzufriedenheit in der Petersburger Garnison wegen der unzureichenden Lebensmittelversorgung an; die Soldaten erhalten ein halbes Pfund Brot täglich ohne warme Kost dazu. Die Verpflegungslage Petersburgs ist, ungeachtet der Aufhebung der Sperrkommandos, sehr schwierig. Brot kostet zurzeit über 5000 Rubel das Pfund, Butter und Zucker etwa 30 000 Rubel das Pfund. Holz ist überhaupt nicht zu haben. Es wird bestätigt, daß es auch im Gouvernement Pleskau (Pskow) zu Auseinandergekommen sei; es seien dort zahlreiche Kommunisten erschlagen worden, ein Teil der Kommunisten sei über die Grenze geflüchtet.

Von den in Berlin eingetroffenen Petersburger und Moskauer Zeitungen bis zum 1. März einschließlich bringt die „Krasnaja Kaseta“, das Organ des Petersburger Sowjets, eine Schließung der Torgänge in Moskau und Petersburg. Nach dem Blatt hat Sinojewiwo in der Planarbeitung der Sowjets erklärt, die demonstrierenden Arbeiter hätten ebenso wie in Petersburg ihre Frauen und Kinder auf die Straße mitgenommen und sie vor sich hergehen lassen, um eine Beschiebung der Demonstranten zu hindern. Die Unruhen in Moskau seien ohne Blutvergießen unverhindert worden. Leiderwidrige kündigte an, daß bei einer Fortdauer der Unruhen die Truppen rücksichtslos mit der Waffe gegen die Menge vorgehen würden. Die ganze Moskauer Presse bis zum 1. März nimmt von den Unruhen keine Notiz (1) und bestätigt sie nur indirekt durch eine Reihe von Artikel und Aufzügen, welche die schärfsten Angriffe gegen die Menschewisten und Sozialrevolutionäre enthalten und die Arbeiterschaft vor Streiks, Demonstrationen und besonders vor Ansammlungen vor den Kasernen warnen.

Der Korrespondent der Zeitung „Helsingin Sanomat Terijoki“ meldet am 9. März, abends, daß die Batterien von Kronstadt im Laufe des Tages die Küste bei Petersburg und Tarnowsk mit schwerem Geschütz beschossen. Der Korrespondent meldet weiter, daß die Erhebung „bis auf weiteres“ nicht den Zweck habe, das Kaiserreich zu stürzen, aber gegen die Sowjetregierung gerichtet ist, namentlich gegen die an der Regierung bestehende Partei der Kommunisten, welche beschäftigt die Arbeiter zu unterdrücken. Die erste Forderung der Gegenrevolutionäre ist, daß alle das Recht haben sollen, an den neuen Wahlen zu den Sowjeträten teilzunehmen.

Wie die „Times“ aus Riga melden, ist nach einem offiziellen Bericht, Petersburg mit Ausnahme zweier Bahnhöfe in der Hand der Russlandischen. Die Roten Truppen sollen schwere Verluste erlitten haben.

Entente am Oesterreich.

Zu dem Ultimatum, welches die Entente an Oesterreich wegen Lieferung des Kriegsmaterials gerichtet hat, wird u. a. die Überlassung von Geschützen für die Donauabteilung, Wien, Triest, Lissa angesehen und die österreichische Regierung aufgefordert, die Lieferung von Geschützen und Gewehren zu verzögern. Die Rösslerkonferenz lehnt jede Forderung der österreichischen Regierung über die beschwerlichen

Entscheidungen des Überwachungsausschusses ab. Damit ist das Ansuchen wegen der staatlichen Kriegsmaterialfabrik endgültig abgelehnt. Die Entente verlangt, daß mit der Ablieferung noch nicht ausgelieferter Gewehre, Maschinengewehre und Geschütze sofort begonnen wird, währendfalls beim Obersten Rat die erforderlichen Maßnahmen beantragt werden müssten. Die österreichische Regierung hat den ersten Punkt angenommen und verlangt die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichtes bezüglich der übrigen Punkte und appelliert bezüglich der Kriegsmaterialfabrik an die Boissierkonferenz.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Block der Steuerfreien.

Der Steuerausschuß des Reichstages setzte am Mittwoch die Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz und der Anträge hierzu fort. Die Erörterung drehte sich um das Veranlagungsverfahren, um die Berechnung der Abnutzungen an Gebäuden und Maschinen, sowie um die Fragen der Rücklagen und der Anrechnung der Werbungskosten und Abreibungen. Schließlich wurde mit 13 gegen 9 Stimmen der Antrag der Regierungsparteien zu § 13 in einer Fassung angenommen, die alle Wünsche des Steuerfreien Kapitals vollauf befriedigt und den Bilanzschwungen Tür und Tor öffnet.

Am Donnerstag wurden gegen die Stimmen der Linken die folgenden Anträge angenommen: Die Einkommensteuer beträgt für die ersten angefangenen über vollen 24 000 Mark steuerbare Einkommen 10 Prozent, für weitere 6000 Mt. 20 Prozent, für weitere 5000 Mt. 25 Prozent, für weitere 5000 Mt. 30 Prozent, für weitere 70 000 Mt. 45 Prozent, für weitere 5000 Mt. 40 Prozent, für weitere 200 000 Mt. 55 Prozent, für weitere Beiträge 60 Prozent.

Kleine Nebenschichten im Bergbau.

Wie die Blätter aus Essen melden, sind die Verhandlungen zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmerverbände im rheinisch-westfälischen Bergbau und den Zechenverbänden wegen Veränderung des Übertrittsvertrags gescheitert. Am Montag werden keine Nebenschichten mehr versahen.

Kleine politische Nachrichten.

Gegen den Besluß der preußischen Landtagsfraktion, der eine Regierungsbildung zusammen mit der Deutschen Volkspartei ablehnt, schreibt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Professor Paul Leni. Sowohl der Ort, wie auch ganz besonders der Inhalt, der Ton und die Tendenz seiner Ausführungen beweisen, daß Paul Leni nicht mehr für die Sozialdemokratie, sondern für die Deutsche Volkspartei journalistisch tätig ist.

Nach Blättermeldungen wurden infolge des Mordeinschlags auf den spanischen Ministerpräsidenten bereits etwa 50 Verhaftungen vorgenommen. Unter den festgenommenen befinden sich mehrere Syndikalisten und Sozialisten, darunter auch bekannte Journalisten.

Der polnische Kriegsminister stimmte der Errichtung von 17 neuen Garnisonen in Polen zu. 14 befinden sich in unmittelbarer Nähe der öberschlesischen Grenze.

Der dritte Wahlgang der britischen Arbeiterpartei (2. Internationale) innerhalb einer Woche ist in Yorkshire zu verzeichnen. Gillis siegte in Penistone über die beiden Liberalen mit 576 Stimmen. Seit der letzten Wahl in 1918 erhöhten sich die Stimmen für die Arbeiterpartei um über 4000.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 11. März.

Gesetz über die Ablösung der Wohnungsbeschaffnahme.

Die ungünstige Lage des Wohnungsmarktes hat seit längerem auch in Lübeck dazu genötigt, nicht hinreichend ausgenüchte Wohnräume im Wege des Zwanges für die Vinderung der Wohnungsnot in Anspruch zu nehmen. Mehrere hundert Wohnungen sind bereits auf diese Weise gewonnen. Leider ist eine hinreichende Besserung der Wohnungswirtschaft bislang weiter eingetreten noch für eine nahe Zukunft zu erwarten. Auf die Zwangseinmietung wird daher, trotz der starken Bedrängnis, in die sie zahlreiche Familien bringt, vor der Hand noch nicht verzichtet werden können. Bei der Bearbeitung dieser Angelegenheiten ergeben sich indessen Grenzfälle, in denen eine Inanspruchnahme von Räumen nach der Zahl der Bewohner einer Wohnung zwar nicht ausgeschlossen erscheint, dem Einbau einer Wohnung aber, etwa wegen der Höhe der Neubaufosten oder wegen der Höhe der Erforderrungen, mit denen für spätere Zeit zu rechnen ist, Bedenken entgegenstehen. Das Wohlfahrtsamt hat daher, dem Vorgehen anderer Städte entsprechend, beschlossen, daß in solchen Fällen Befreiung von der Beschaffnahme durch Zahlung einer Summe bewirkt werden kann, mit deren Hilfe anderweitig eine gleich große Dauerwohnung hergestellt ist. Eine solche Befreiung kommt nach Ansicht des Wohnungsamtes ferner in Frage, wenn der Wohnungsinhaber mit eigenen Mitteln eine entsprechende Dauerwohnung herstellt. Auf diese Weise wird zwar Bemitteln unter Umständen ermöglicht, eine allgemeine soziale Verpflichtung durch Zahlung einer Geldsumme abzuwenden, während weniger wenigen und wesentlich einschränken müssen. Diese zunächst unsocial anmutende Folge muß indes in den Raum genommen werden, wenn die oben angedeuteten Gründe dazu führen, der Einziehung einer angemessenen Summe zur Förderung des Wohnungsbauens den Vorzug zu geben vor Maßnahmen, die zwar zur Vinderung der Wohnungsnot in Anspruch zu nehmen. Dieses Gesetz ist durchaus unwirtschaftlich und Ans Gewicht auch der Vorteil, daß bei ausreichender Bemittlung der Abfließungsummen mit Hilfe dieser Summen befriedigende Dauerwohnungen geschaffen werden können an Stelle von behelfsmäßigen Notwohnungen, die nur mit hohen Kosten hergerichtet sind und später wiederum mit wesentlichen Kosten belastigt werden müssen. Das Wohnungsamts hat geglaubt, aus diesen Gründen in besonderen Fällen eine Ablösung der Zwangseinmietung zu lassen und hat als Abfließungsumme, wie in Hamburg, für den Regelfall 10 000 Mt. für jeden überschüssigen Raum in Ansicht genommen. In der Tat erscheint es zweckmäßig, eine solche Regelung auch in Lübeck zu erlauben. Der Senat erachtet jedoch, die Anwendung mit Rücksicht auf ihre weitreichende Bedeutung zur Mitverantwortung durch die Bürgerschaft stellen zu lassen. Der Senat stellt daher folgenden Entwurf zur Mitverantwortung der Bürgerschaft: Das Wohnungsamts kann von einer Abfließungnahme von Wohnräumen, welche nach den Vorschriften über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel zulässig ist, absehen, wenn der Verleihung eine angemessene Vergesellschaftung bietet, die neben der Ablösung eine angemessene Gewerkeleistung bietet, die geeignet ist, zur Behebung der Wohnungsnott wesentlich beizutragen.“

Auch der Vorwerker Industriegelände. Durch Nat. und Bürgerliche sind der Baubörse für den Bau des Vorwerker Industriegeländes insgesamt 2.689.671,05 Mt. zur Verfügung gestellt. Bis zum Dezember 1920 sind verbraucht 1.909.383,08 Mt. noch verfügbar sind 780.287,07 Mt. Wenn die Baubörse

zung nach dem genehmigten Entwurf durchgeführt werden soll, so ist eine Überschreitung von etwa 18 845 000 Mt. zu erwarten. In Rücksicht auf die finanzielle Lage und die heutigen Preise im Bauwesen ist nur zu vermuten, dass der Ausbau nach Möglichkeit verzögert und zu verzögern. Die Baubehörde hat den Vorschlag gemacht, folgende Bauten noch zurückzustellen: 1. den Bau der Kaimauer am öffentlichen Lösch- und Ladeplatz in 300 Meter Länge mit den Baukosten von 3 520 000 Mt.; 2. die Dächer und Anbindespähle im Industriehafen mit 320 000 Mt. Nach dem Grundstücksvertrag mit der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft ist der Staat verpflichtet, die vierte Querstraße und ein Eisenbahngleis nach dem öffentlichen Lösch- und Ladeplatz auszubauen, sobald die Gesellschaft mit ihren Bauten beginnt. Unter den seitigen Verhältnissen beachtigt aber die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft noch nicht, ihre Werkstätten dort zu errichten. Deshalb empfiehlt die Baubehörde, 3. auch die Befestigung des öffentlichen Lösch- und Ladeplatzes und den Ausbau des Eisenbahngleises noch zurückzustellen mit den Kosten von 2 019 000 Mt., und daher auch 4. die Versorgung des Geländes mit Gas, Wasser und Elektrizität mit 4 278 690 Mt. Die Gleiszuflührung war nach dem genehmigten Entwurf von dem Ufergleis bei der Einfriedestraße schienenfrei unter Unterführung der Einfriedestraße geplant. Nach dem vollen Ausbau des Nordenloppel-Bahnhofes erfolgt der Anschluss aber zweckmäßiger bei der Josephinenstraße. Bis zur Fertigstellung dieses Bahnhofes ist das Industriegebiet bei der Feuerwache an der Einfriedestraße an die Holzlagerstraße anzuschließen; dadurch wird die Gleisunterführung in der Einfriedestraße (rund 250 000 Mt.) entfallen. Die Baubehörde hat danach empfohlen, mit den noch vorhandenen Mitteln von 780 287,07 Mt. und soll nur insoweit erfolgen, als auch wirklich Plätze verlaufen werden nach erforderlichen Gelbäumen in Höhe von 2 926 000 Mt. 1. das Hafenschild fertig auszubauen und durch eine einfache Uferbefestigung zu schützen; 2. die Straße und die Gleise auf der Spitze der Halbinsel in der geplanten Weise, jedoch ohne Stiel, fertig zu stellen; 3. das Verbindungsgleis, anschließend an die Holzlagerstraße bei der Feuerwache, in etwa 600 Meter Länge auszubauen; 4. die untere Parallelstraße von der Einfriedestraße bis zu dem Verbindungsgleis in 700 Meter Länge mit 5 Meter breiter, asphaltierter Fahrbahn und beiderseitig, 1½ Meter breiten Fußsteigen mit Schrägen befestigt, auszubauen. Der weitere Ausbau soll nur insoweit erfolgen, als auch wirklich Plätze verlaufen werden. Der Senat, mit den Vorschlägen der Baubehörde im übrigen einverstanden, hat die Überzeugung neponiert, dass von der Anbringung von Dächen und Anbindespählen im Industriehafen nicht ganz absehen werden kann. Es ist erforderlich, in Abständen von je 100 Meter vom Ufer Pfähle zum Verstärken der Schiffe einzurichten. Die Kosten sind auf 120 000 Mark veranschlagt. Der Senat stellt demnach zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: dass die Baubehörde ermächtigt werde, das Vorwerker Industriegelände im übrigen in der von ihr empfohlenen vereinfachten Bauausführung auszubauen, jedoch im Industriehafen in Abständen von je 100 Meter vom Ufer Pfähle zum Verstärken von Schiffen einzurichten, und dass sie für die gesamten Arbeiten der weitere Betrag von 3 046 000 Mt. aus Unkostenkosten zur Verfügung gestellt werde.

Der Bürgerausschuss erzielte in seiner letzten Sitzung folgenden Senatsanträgen die beantragte Mitgenehmigung: Bewährung einer Entschädigung an die Eigentümerin des Grundstückes Schillenstraße 22 a, Landerwerb aus dem Grundstück Meisterstraße 25 a, Verbesserungen auf dem Stadtteil Karlshof, Verkauf von Landflächen an der Wakenitzstraße, Nachbemessung von Umlaufstrecken, Umverteilung von Reichsbahnstellen in der Gemechshule. Anschaffungen für die Frauengewerbeschule, Herrichtung von Bureauräumen für die Oberstufenschule, Einbau einer neuen Fernsprechstation im Postamtshof, Befüllung der Poststelle für Geschlechtskranken, Anschaffung eines Herrengriffungsapparates für das Eichamt, Befüllung an die Tübenthal-Kürborettsteile, Nachbemessung für die Hanseatische Handelsfirma. In nichtöffentlicher Sitzung wurden zwei, von der Bürgerschaft übermittelte, Anträge verhandelt. Den Antrag, Heimstätte-Bett-Hilfshilfe-Treuemünden Einwohner beschloss der Ausschuss, der Bürgerschaft zu empfehlen, in abänderter Fassung dem Senat entgegenzutragen. Zum Antrag Wolfrodt: „die Bürgerschaft erfüllt den Senat, eine Verordnung zu erlassen, wonach alle sich noch im Freistaat Lübeck befindenden Kreisangehörigen sofort entlassen werden“, gab der ständige Senatskommissar die Erklärung ab, dass sich gegenwärtig nur noch zwei Kreisangehörige im lübeckischen Staatsgebiete befinden. Darauf beschloss der Bürgerausschuss auf Vorschlag des Wolfrodt, der Bürgerschaft zu empfehlen, davon Abstand zu nehmen, ein Erlassen an der Senat auf Erlass einer Verordnung wegen sofortiger Entlassung aller, noch im Freistaat Lübeck befindlichen Kreisangehörigen zu richten.

Arbeiter-Jugend. Am Sonnabend abend, 7½ Uhr, brachte unter Leitung des Kinosofen Schermér in der Gefangeneklasse des Kaiserkneums der Singsunterricht. — Die Jugendleiter und Vorlesenden werden gebeten an demselben Tage um 7 Uhr abends im Gewerkschaftshaus das Agitationsmaterial in Empfang zu nehmen.

Achtung, Oberlehrer! Der deutsche Schuhbund bittet mitzuteilen, dass von den Polen der Name des „Berliner Taschblattes“ missbraucht wird, um genannte Blätter zu unterstellen, es habe Statistiken gebracht, wonach die Lare des Deutschen Reiches eine geradezu verstaubte sei, insbesondere in finanzieller Hinsicht. Diese Darstellung ist eine Fälschung. Das „Berliner Taschblatt“ hat solche Artikel nicht gebracht. Darum ergeht die Bitte an alle Oberlehrer, in der Heimat aufmerksam zu wirken und davor zu warnen, solchen Berichten der Polen Glauben zu schenken.

Achtung, Oberlehrer! Sonnabend, den 12. März, mittags 12 Uhr 55 Min. fährt der erste Extrazug von hier nach Oberholstein. Der Bahnhof ist festlich geschmückt. Die Schuhmannsfamilie besteht von 12 Uhr ab auf dem Bahnhof. Für die von ausswärts kommenden ist Essen bereitgestellt. Niemand verreist die nötigen Papiere mitzubringen, da sonst ziellose Zurückmehrung an der Grenze erfolgt. Ohne Zulassungsschein aus Abschaltung darf niemand fahren, er macht sich nur unnötige Kosten und Mühen, da die ohne Zulassungsschein nach Oberholstein fahrende bestimmt nicht über die Grenze gelassen werden. Es ist zur Erlaubnis handesamt mitzurechnen. Auf der Grenze Oberholsteins erfolgt eine Revision sämtlicher Güter. Alle Reisen werden genau kontrolliert auszuführen. Es empfiehlt sich sehr, Brot und Obststücke mitzunehmen.

Eröffnung eines Schätzungsamtes. Unter Bezugnahme auf einen Bericht der Steuerbehörde, betreffend die amtliche Schätzung der Grundstücksvermögen, dessen Ausführungen er bekanntreten ist, stellt der Senat 1. den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die amtliche Schätzung der Grundstücksvermögen; 2. den Entwurf eines viersten Nachtrages zum Gesetz vom 11. Mai und einen Vorstudie betreffend zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Veränderungen im Landesverwaltungsamt. Aus Gründen der Sicherheit ist in den letzten Wochen eine weitreichende Zusammenlegung der Abteilungen des Landesverwaltungsaamtes und damit verbunden eine wesentliche Veränderung des Personals erfolgt. Die Folge davon ist, dass die nächste Hauptausgabe der Brutto- und Lebensmittellasten nicht mehr an zehn einzelnen Toren reichen kann. Die diesmalige Ausgabe ist für fünfzehn bisher Tore geplant und wird bereits am Sonnabend, dem 14. März, bestimmt. Die Ausgabe wird an den folgenden Werktagen bis einschließlich 1. April während der Stunden von 11½ Uhr vormittags bis 1½ Uhr nachmittags geschehen. Während dieser Stunden kann die gelehrte laufenden Geschäfte in der Kartenzentrale sowie in den Arbeits- und Wirtschaftsstellen nicht erfolgen. Die Renovierung wird daher gebeten, zur Erledigung der laufenden Geschäfte bei den genannten Abteilungen (Aus- und Abmeldebüro, Kartenzentrale, Gewerbeamt von Reisebrotmarken usw.) die Stunden von 1½ Uhr vormittags zu benutzen.

Berlebundische Gerüchte werden in letzter Zeit in der Stadt verbreitet. Es heißt, dass bei der Schulenlösung 20 und mehr Mädchen wegen ihres niederschönen Lebenswandelns zurückgewiesen wurden. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind diese Gerüchte sehr übertrieben; es ist ein Mädchen zurückgewiesen worden.

Schmurgericht. Wegen Landfriedensbruchs hatte sich ein Donnerstag der 20jährige Arbeiter Geßler in arn zu verantworten. Er hatte sich am 30. Juni v. J. an den Plündерungen und Zulammertötungen beteiligt. Bei Blumenthal hat er einen Stein gegen das Geschäft geschleudert und sich ein Paar Stiefel und aus einem anderen Geschäft einen Mantel angeeignet. Urteil: ein Jahr Gefängnis. — Der Arbeiter Hansen hatte im Dezember 1919 gemeinsam mit einem bereits abgeurteilten Komplizen den Maler D. bedroht und ihm 1200 Mt. Uhr, Brieftasche und verschiedene Waren abgenommen. Der Angeklagte, der flüchtig war, konnte später in Flensburg ermittelt werden. Das Urteil lautete, da die Frage auf Bedrohung verneint wurde, auf zehn Monate Gefängnis.

Der Verein Rentale für private Fürsorge eröffnet am Sonnabend, dem 12. März 1921 im Gartenesaal der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit eine Ausstellung von Kleidungsstücken mit einem bereits abgeurteilten Komplizen über zweimäthiger bei der Josephinenstraße. Bis zur Fertigstellung dieses Bahnhofes ist das Industriegebiet bei der Feuerwache an der Einfriedestraße an die Holzlagerstraße anzuschließen; dadurch wird die Gleisunterführung in der Einfriedestraße (rund 250 000 Mt.) entfallen. Die Baubehörde hat danach empfohlen, mit den noch vorhandenen Mitteln von 780 287,07 Mt. und soll nur insoweit erfolgen, als auch wirklich Plätze verlaufen werden nach erforderlichen Gelbäumen in Höhe von 2 926 000 Mt. 1. das Hafenschild fertig auszubauen und durch eine einfache Uferbefestigung zu schützen; 2. die Straße und die Gleise auf der Spitze der Halbinsel in der geplanten Weise, jedoch ohne Stiel, fertig zu stellen; 3. das Verbindungsgleis, anschließend an die Holzlagerstraße bei der Feuerwache, in etwa 600 Meter Länge auszubauen; 4. die untere Parallelstraße von der Einfriedestraße bis zu dem Verbindungsgleis in 700 Meter Länge mit 5 Meter breiter, asphaltierter Fahrbahn und beiderseitig, 1½ Meter breiten Fußsteigen mit Schrägen befestigt, auszubauen. Der weitere Ausbau soll nur insoweit erfolgen, als auch wirklich Plätze verlaufen werden. Der Senat, mit den Vorschlägen der Baubehörde im übrigen einverstanden, hat die Überzeugung neponiert, dass von der Anbringung von Dächen und Anbindespählen im Industriehafen nicht ganz absehen werden kann. Es ist erforderlich, in Abständen von je 100 Meter vom Ufer Pfähle zum Verstärken der Schiffe einzurichten. Die Kosten sind auf 120 000 Mark veranschlagt. Der Senat stellt demnach zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: dass die Baubehörde ermächtigt werde, das Vorwerker Industriegelände im übrigen in der von ihr empfohlenen vereinfachten Bauausführung auszubauen, jedoch im Industriehafen in Abständen von je 100 Meter vom Ufer Pfähle zum Verstärken von Schiffen einzurichten, und dass sie für die gesamten Arbeiten der weitere Betrag von 3 046 000 Mt. aus Unkostenkosten zur Verfügung gestellt werde.

Die Pariser Konferenz und ihre Folgen für Deutschland im Wirtschaftsbeispiel. Die hiesige Arbeitsgemeinschaft für Volksausklärung veranstaltet am 14. d. Mts., abends 7 Uhr im Saale des Gewerkschaftshauses einen öffentlichen Lichtbildvortrag. Feder, eine alte Volkssoziale muss unbedingt Klärheit über die Absichten der Entente-Mächte erhalten. Feder Deutsche, ob Mann, Frau oder Kind, würde durch die Beschlüsse der Pariser Konferenz von Anfang Februar 1921 für die nächsten 42 Jahre mit 50 000 Mt. Schulden belastet werden. In diesem einen Punkt allein ist die Wichtigkeit der obigen Beschlüsse erkennbar. Nun soll im Lichtbild gezeigt werden, welche Auswirkungen diese unheilsamen Beschlüsse auf unser Volk und insbesondere auf unsere wirtschaftliche Lage haben werden. Die Darstellung ist allgemein verständlich und einprägsam, aber durchaus sachlich gehalten. Sie beschränkt sich auf die Wiedergabe von Tatsachen und lässt diese für sich sprechen. Als Vortragender ist Herr Direktor Dr. Schmarz von der Oberrealschule zum Dome gewonnen werden. Niemand sollte diese kritische Gelegenheit, Rückschlüsse über die schwerwiegenden Beschlüsse unserer Freunde zu erhalten, ungenutzt vorübergehen lassen. Eintritt frei.

w. Der Reichsbund für Volksbildungssziele. Ortsgruppe Lübeck hatte am Mittwoch abend zu einer Aufführung nach der „Flora“ eingeladen. Das rechte Welt ist ein Schauspiel in 4 Akten von Ch. N. Reeder ging zum ersten Male über die Bretter. Das Motiv ist nicht gerade neu. Aber bei guter Rollenbesetzung läuft ich allerlei heraus. Dieses Hauptfordernd fehlt jedoch und namentlich die Rolle des Hauptdarstellers, der Dr. Ing. Egon Salben war völlig unzureichend belebt. Mit einigen Ausnahmen erwiesen sich fast sämtliche Darsteller als Dilettanten. Nur die Damen Ella Schneide - Rannau und Frau Else Stolte - Roth-Poßt, sowie die Herren Emil Böck, Paul Wadé und Th. D. K. traten aus der Handlung hervor. Alles andere war unzureichend und machte dem Namen „Vollsbühne“ alle Ehre. Dabei legen wie den Makel der Kritik noch nicht einmal hart an. Der Thend war insofern kein verlorener, weil die Musikaufzüge sehr gut waren. Land zur nichtgewohntartigen Landwirtschaftlichen Nutzung nach dem Gesetz vom 8. März 1920 den Vorsitz der Krone kommenden Haushaltungen entsprechend auch über das Werk von 825 Quadratmetern hinaus abgeben wird. Dann wird in die Verarbeitung der Gemeinde eingetreten. Hierzu ergreift zunächst Ministerpräsident Tanzen das Wort zu länderlichen Ausführungen. Nach ihm sprachen Schröder (Soz.), Hugo (Soz.) und Befrens (Soz.). Letzterer betonte u. a., dass er und seine Freunde und mit ihm weite Kreise der Bevölkerung von dem Entwurf stark enttäuscht worden sind. Vor allem vermissen wir eine großzügige Reform, die auch vor einer Rendierung der Gemeindegrenzen nicht halt gemacht hätte. Nach kurzen Debatten wurde die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

w. Der Reichsbund für Volksbildungssziele. Ortsgruppe Lübeck hatte am Mittwoch abend zu einer Aufführung nach der „Flora“ eingeladen. Das rechte Welt ist ein Schauspiel in 4 Akten von Ch. N. Reeder ging zum ersten Male über die Bretter. Das Motiv ist nicht gerade neu. Aber bei guter Rollenbesetzung läuft ich allerlei heraus. Dieses Hauptfordernd fehlt jedoch und namentlich die Rolle des Hauptdarstellers, der Dr. Ing. Egon Salben war völlig unzureichend belebt. Mit einigen Ausnahmen erwiesen sich fast sämtliche Darsteller als Dilettanten. Nur die Damen Ella Schneide - Rannau und Frau Else Stolte - Roth-Poßt, sowie die Herren Emil Böck, Paul Wadé und Th. D. K. traten aus der Handlung hervor. Alles andere war unzureichend und machte dem Namen „Vollsbühne“ alle Ehre. Dabei legen wie den Makel der Kritik noch nicht einmal hart an. Der Thend war insofern kein verlorener, weil die Musikaufzüge sehr gut waren. Land zur nichtgewohntartigen Landwirtschaftlichen Nutzung nach dem Gesetz vom 8. März 1920 den Vorsitz der Krone kommenden Haushaltungen entsprechend auch über das Werk von 825 Quadratmetern hinaus abgeben wird. Dann wird in die Verarbeitung der Gemeinde eingetreten. Hierzu ergreift zunächst Ministerpräsident Tanzen das Wort zu länderlichen Ausführungen. Nach ihm sprachen Schröder (Soz.), Hugo (Soz.) und Befrens (Soz.). Letzterer betonte u. a., dass er und seine Freunde und mit ihm weite Kreise der Bevölkerung von dem Entwurf stark enttäuscht worden sind. Vor allem vermissen wir eine großzügige Reform, die auch vor einer Rendierung der Gemeindegrenzen nicht halt gemacht hätte. Nach kurzen Debatten wurde die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Die Präsidentenwahl im preußischen Landtag. Die Präsidentenwahl im preußischen Landtag. III. Berlin, 11. März. Zum Präsidenten des neu gewählten preußischen Landtages wurde der Abgeordnete Beinek (Sozialdemokrat) gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden die Abgeordneten Dr. Borch (Zentrum), Dr. v. Kries (Deutschpartei) und Dr. Garmissch (DVP) gewählt.

Die Präsidentenwahl im preußischen Landtag. Die Präsidentenwahl im preußischen Landtag. III. Berlin, 11. März. Zum Präsidenten des neu gewählten preußischen Landtages wurde der Abgeordnete Beinek (Sozialdemokrat) gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden die Abgeordneten Dr. Borch (Zentrum), Dr. v. Kries (Deutschpartei) und Dr. Garmissch (DVP) gewählt.

Die Präsidentenwahl im preußischen Landtag. Die Präsidentenwahl im preußischen Landtag. III. Berlin, 11. März. Zum Präsidenten des neu gewählten preußischen Landtages wurde der Abgeordnete Beinek (Sozialdemokrat) gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden die Abgeordneten Dr. Borch (Zentrum), Dr. v. Kries (Deutschpartei) und Dr. Garmissch (DVP) gewählt.

Kommunistische Demonstrationen im Berliner Lustgarten. III. Berlin, 11. März. Die RAPPD. hatte ihre Anhänger zu gestern nachmittag zu einer Massendemonstration nach dem Lustgarten eingeladen, um für den Unruhzeit an Platzland zu demonstrieren. Nach Schluß der Demonstration bildeten sich kleine Gruppen, die in die Außenbezirke zogen. An der Schlösserstraße traten drei Ordner eine Kette gebildet, um zu verhindern, dass neue kommunistische Elemente in die Gemeinde eindringen. Belgische Kritik an den Sanktionen.

Die Belgische Kritik an den Sanktionen. III. Berlin, 11. März. Die sozialdemokratische Kammergruppe hat sich gestern mit der Bevölkerung Deutschlands und der Londoner Konferenz beschäftigt. Verschiedene Abgeordnete kritisierten die Sanktionen und meinten, dass man zu hart vorgegangen sei und nicht weiter gehen dürfe.

Die Belgische Kritik an den Sanktionen. III. Berlin, 11. März. Der Korrespondent der „Neuen Presse“ in Koblenz brachte: Die Deutschen der alliierten Besatzungen, das Rheinland und eine Anzahl Holländer sind aufgestanden, um für den Unruhzeit an Platzland zu demonstrieren. Nach Schluß der Demonstration bildeten sich kleine Gruppen, die in die Außenbezirke zogen. An der Schlösserstraße traten drei Ordner eine Kette gebildet, um zu verhindern, dass neue kommunistische Elemente in die Gemeinde eindringen.

Die Belgische Kritik an den Sanktionen. III. Berlin, 11. März. Die sozialdemokratische Kammergruppe hat sich gestern mit der Bevölkerung Deutschlands und der Londoner Konferenz beschäftigt. Verschiedene Abgeordnete kritisierten die Sanktionen und meinten, dass man zu hart vorgegangen sei und nicht weiter gehen dürfe.

Die Belgische Kritik an den Sanktionen. III. Berlin, 11. März. Wie hier zuverlässig verlautet, legte die Sonderarmee trotz der Vorgänge in Petersburg und Krakau ihre offiziellen Vorbereitungen gegen Polen unverändert fort. Es heißt, dass Russland zurzeit gegen 700 000 Mann an seiner Westfront steht, wonach der überwiegende Teil gegen Polen des Rest gegen Rumänien angelegt ist. Besonders im Raum Warschau sind neuerdings stärkere russische Truppenmobilisierungen vorgenommen worden sein. Wie der „Times“ aus London gemeldet wird, hat die russisch-polnische Front gegen Polen kontraktiert, um die polnisch-russische Front einzustellen. Die Polen müssen gegen Rumänien gehen, um möglichst lange einzustehen, das ist der Grund dafür, dass Polen kontraktiert sei. Alle Kommissionen der Konferenz haben gleichfalls ihre Arbeiten eingestellt.

Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil. Hermann Bauer. Für die Rubrik „Freiheit Lübeck“. August Schulz. Für „Sparta“: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck: Frieder Meyer & Co.

Zur Konfirmation

Unsere Qualitäten sind die besten – und preiswert ist alles, was Sie bei uns kaufen!

| | |
|-------------------------------------|-----------|
| Stehkragen gute Stoffqualität | 95.- |
| Stehkragen mit Ecken | 5.75 |
| Weiche Kragen weiß Rips..... | 6.50 |
| Vorhemden Pikee..... | 6.50 |
| Schwarze Schleifen..... | 6.75 3.75 |
| Hosenträger Ia. Gurtband | 8.75 7.50 |
| Hosenträger Ia. Gummigurt..... | 14.75 |

Manschettenknöpfe 55.— bis 1.95
Krawattennadeln..... 19.— bis 1.25

Feine
Leder-Waren
Damen-Handtaschen
in allen modernen Formen
Brieftaschen — Geldtaschen
Taschenspiegel

Brief-Kassetten
und -Mappen in Geschenk-Ausstattung
2.25 und eleganter bis 40.—
Schreibmappen
Tagebücher und Poesie - Alben

Schwarze
Konfirmanden-Kleider
aus Gabardine und reizvollenem Cheviot, mit
Seidenstickerei und Seidentressen
195.— 250.— 350.—

Backfisch-Kleider
weiß, hellblau und rosa, in reizender Machart
135.— 165.— 195.—

Backfisch-Röcke
jugendliche flotte Formen aus einfarbigen und
gemustersten Stoffen
29.50 39.50 59.—

Backfisch-Blusen
in modernen, kleidssamen Formen
besonders billig

Kleidsame Hüte für Konfirmandinnen
29.50 32.50 36.50

Damen-Strümpfe schwarz 9.50 7.50
Herren-Socken..... 8.75 6.75
Weiße Stick.-Schürzen mit
Stickerei-Unterröcke 14.25 38.75
Untertaillen mit Stickerei 14.75
Spitzen-Taschentücher 5.75
Herren-Taschentücher..... 3.75

Broschen echt Silber..... 49.50 bis 11.50
Rock- u. Blusennadeln echt
Silber 4.50
Moderne Halsketten 57.50 bis 3.75
Bernstein-Anhänger 15.- 12.75 6.75
Uhrarmbänder 15.50 9.75 7.50
Armreifen 55.— bis 15.75
Ringe in großer Auswahl... 35.— bis 5.75

Alpaka-Handtaschen
und Geldbörsen

Feine Parfüms 45.— bis 6.75
Feine Toilettenseifen in Geschenkpackung
Moderner Haarschmuck
in vorzüglicher Schilfdrat-Imit.
Haarbürsten / Kämme
Hand- und Stehspiegel

Reinseidenes schwarzes Taffetband ca. 10 cm breit Meter 7.50

Ein gutes Buch ist das beste Konfirmations-Geschenk.

Eine reiche Auswahl empfehlenswerter Bücher bietet unsere große Spezial-Abteilung im 1. Stock:

Holstenhaus • Lübeck

Joh. Möller's bill. Fleischquelle Hüxstr. 83
Rindfleisch ... 8.- Mf. Gehacktes ... 10.- Mf.
Kalbfleisch ... 7.50 Mf. Kamelott ... 6.- Mf.
Hofkleisch. Beefsteak. Gulash. (14781)

Tapeten

billigst. Siedelsteiner und
Siedelstein empfiehlt.
Carl Schmidt, Lindenstr. 37a (14773)

Ludw. Hartwig

die vor-
teilhafteste Bezugssquelle
an der Obertrave
empfiehlt:

| | |
|------------------------------|-----------|
| Pa. Rindertalg | 8. M. 9.- |
| 14776) bei 5 | 8.90 |
| Haferflocken | 2.95 |
| Safergrüze | 3.- |
| Buchweizen-Grüze | 4.- |
| f. Reismehl | 2.60 |
| Rang. Brühreis | 2.80 |
| Rang. Vollreis | 2.95 |
| Kartoffelmehl | 3.90 |
| Echt. Sago | 3.50 |
| Weiß. Griess | 3.25 |
| Weiß. Ruchenmehl | 4.50 |
| bei 3 | 4.45 |
| Gelbe Größen | 2.- |
| Grüne Bohnen | 2.25 |
| Weisse Bohnen | 2.40 |
| Braune Bohnen | 1.20 |
| f. Vanillejoghurt Stif. 1.10 | |
| Hartwigs gebr. Kaffee | |
| ist im Verhältnis z. Preise | |
| der Beiffe. | |
| Pfd. 19.50 L. 22.00 | |

Am Sonnabend, dem 12. März, mittags 12 Uhr 55 Mi-
fahren ab nach Oberschlesien alle Abstimmungsberechtigten, welch-
en stammen aus dem Kreise Neustadt, Kosel, Losl Gleimitz südli-
der Klodnitz, Leobschütz, Ratibor, Rybnik, Pleß, Beuthen, Hin-
denburg, Königshütte, Kattowitz. — Dieselben müssen spätestens
12 Uhr 20 Min. auf dem Bahnhof sein. Niemand vergef-
fahrt ohne Fahrtschein und Abstimmungsschein mitzubringen!

Deutscher Schutzbund.

Dr. Müller.

Für die
Aussteuer!

| | |
|---|---------------------|
| Wäschetuch prima Renforce, für feine Leibwäsche geeignet, 62 cm breit | Mf. 11.80 |
| Wäschetuch extra schwere grobländige Ware, für Leib- und Bettwäsche, 52 cm breit | Mf. 10.95 |
| Haustuch für Bettlaken, 140 cm breit, gute, grob- ländige Ware | Mf. 29.50 |
| Halbleinen prima Qualität, für Bettlaken, mittelländig, 140 cm breit | Mf. 34.50 |
| Gerstenkorn für Handtücher, helle Ware, 44 cm breit | Mf. 7.90 |
| Gerstenkorn f. Halbleinen, für Handtücher, ge- heitete Ware | Mf. 13.50 |
| Bettsatin prima Qualität, Bandsstreifen, 180 u. 140 cm breit | Mf. 39.50 |
| Bettbezüge aus Wäschetuch und prima gestr. Satin angefertigt, volle Bettgrößen | 158.— 128.— |
| Bettlaken aus Haustuch u. Halbleinen, gute mittel- und grobländige Qualität | 89.50 69.50 |
| Kissenbezüge prima Wäschetuch, mit Fällchen und Einsatz | Ausnahmepreis 33.50 |

Gardinen

in hübschen Mustern und guten Quali-
täten Mf. 18.90 15.80

12.80

Hans Struve

Borsberg, Neumünster, Lübeck.

(14770)

Lübeck
Borsberg 17/H
Ecke Wallstraße

Milch

fondiert
gezuckert u. ungezuckert
ca. 1000 g. 8.40

Fritz Kruse,
Essigfabrik (14774)

Essigfabrik (14774)

Lütgens,
Mittelstraße 17. Tel. 8244.

halbware Hofentzucker
herrenpolierte
Karamellen 14.740
in großer Auswahl
Doppel-Riegelteife
100 Gr. 3.75
Frische Landauer 1.50
Weiße Bohnen 1.80
Gr. Butterkerne 2.50
Speck 10.50 9.50
Esel-Rastanen 2.-

Aug. Janensch
Sandstraße 6.



Geldbörsen,
Geldbein-
fachchen und
Schmuckfachchen

Zur Konfirmation!
Damen-
Handtaschen,
Besuchstaschen,
Briefetaschen

in allerfeinsten Lederarten kauft man gut und
billig im Lederwaren-Spezialgeschäft (14785)

F. Fränkel Breite Straße 35
und Holstenstr. 4.

J. S. Rein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugssquelle für
erschwingliche Mannsfutter-
waren - Spezialhaus
für Bettfedern, Bettfedera-
u. Knaben-Garderoben
Arbeiter- und
Berufskleidung.

Heinrich Vick
14783 Untertrave 66

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Leipziger Messe. — Der europäische Petroleumtrust. — Der Stahlkonzern in Ostpreußen. — Handelsbilanz einiger Industriestaaten. — Das Defizit der englischen und französischen Eisenbahnen. — Die Schuhzollpolitik in England und Amerika. — Die Maisprämie.

Die Leipziger Frühjahrsmesse zeigt wiederum gegenüber den voraufgegangenen Veranstaltungen einen beachtlichen Fortschritt. Man hat die Bemühungen herabgesetzt, aus den engen Räumen und der Zersplitterung der Warengruppierung herauszukommen und bietet damit den kaufmännischen Ansprüchen ein weites Entgegenkommen; die Messe wächst zu einem Warenplatz empor, in dem alle Neuerungen sich anstreben, sie will der große Vermittler im Handel werden. Mit fabrikhafter Schnelligkeit sind neue Beihilfsbauten entstanden, um mehr Raum für die Aussteller zu gewinnen und die Zahl der Einkäufer — auch das Ausland ist stark vertreten — legt davon Zeugnis ab, einen wie erfolgreichen Ursprung diese Art der Geschäftsvermittlung ausübt. Es ist eine Gewerbeausstellung, die sich hier aufstutzt und die zugleich auch das harde Ringen der Industrie widergespiegelt, um die Position wieder zu erlangen, die im Kriege verloren gegangen ist. Vor allem tritt das Kunstgewerbe hervor, was hier geboten wird; es ist überraschend und man hört nicht selten auf die Frage nach dem Export die zuversichtliche Antwort, daß hier die Überlegenheit der deutschen Produktion nicht in Gefahr kommt. Allerdings ist gegenwärtig auch der deutsche Markt für Luxuswaren so gut wie verschlossen, nur nach dem Auslande finden die teuren Gegenstände ihren Absatz. Die Zeit der Verzweiflung in übermäßigen Luxus scheint für Deutschland vorüber zu sein; das Ausland vermag die Preise noch zu zahlen, weil unsere Geldentwertung dem Ausländer die Ware billig erscheinen läßt. Auch die technische Messe zeugt von dem rastlosen Streben vorwärts zu kommen. In der Elektrotechnik beachtliche Neuerungen, in der Konstruktion neuer Werkzeugmaschinen eine reiche Auswahl, der Wettbewerb spannt alle Kräfte an. Natürlich stand die Messe sehr unter dem Druck der Londoner Verhandlungen, trotzdem sollen die Ausstände reichlich eingegangen sein, und erfreulicherweise sind darunter viele Aufträge vom Auslande. So gewinnt diese Veranstaltung eine nicht zu unterschätzende volkswirtschaftliche Bedeutung, die der Zeit sich anpaßt, denn das Aufsuchen der Kunden durch den Reisenden erfordert bei den hohen Reisepeisen so erhebliche Aufwendungen für das Geschäftsinstitut, daß anscheinend die Messe sich einen festeren Platz wieder erobert und relativ billiger als Vermittler im Warenverkehr den Vortzug genießt.

Die kapitalistische Entwicklung drängt weiter zu einer Konzentration der Kräfte. Schon seit einiger Zeit waren Bemühungen im Gange, einen Petroleumtrust der beiden maßgebenden deutschen Gesellschaften zusammen zu bringen. Diese Bemühungen scheinen nun nach einer etwas anderen Richtung zum Abschluß zu kommen. Die deutsche Petroleumgesellschaft kommt nicht mehr in Frage. Unter der Führung der deutschen Erdöl A.-G. hat sich in der Schweiz eine Trustgesellschaft mit 210 Millionen Franks Kapital gebildet. Neben der deutschen Gesellschaft haben Anschluß gefunden, die böhmischen Unternehmungen des Herrn v. Liebieg und die einer französischen Gruppe gehörenden galizischen Petroleumquellen. Damit ist die Entwicklung des sehr finanziell starken Unternehmens noch nicht zum Abschluß gebracht, sondern es wird nunmehr erst die Erwerbung neuer Ausbeutungsobjekte betrieben werden. Das Unternehmen stellt sich weiter die Aufgabe, die in Elsaß und Hannover befindlichen Erdölbetriebe durch Schachtbau in den Leistungen zu erhöhen und die in einem neuen Verfahren erprobten Herstellungen von Mineralölen aus bituminöser Kohle und ölkohligen Schiefern in großem Maßstab auszunutzen. Damit dürfte wohl dem amerikanischen Petroleumtrust, der Standard Oil Compagnie, eine sehr beachtliche Konkurrenz entstehen, oder zu gelegener Zeit das Aufgehen in den Welttrust sich vorbereiten.

Stinnes dehnt sein Herrschaftsgebiet in Ostpreußen weiter aus. Nachdem er in der Papierfabrikation beträchtlichen

Besitz erworben hat, ist er dazu übergegangen, die ostpreußische Maschinengenossenschaft in seinen Konzern aufzunehmen. Es bleibt hier wohl die Spekulation obzuhalten, bei der Eröffnung des russischen Marktes möglichst nahe dem Absatzgebiete zu kommen.

Wie stark sich die Weltkrise in der Außenhandelsbilanz der Staaten bemerkbar macht, dafür einige Zahlen aus den letzten Beröffentlichungen. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland betrug im Januar d. J. 48,9 Mill. Dollar oder 10 Mill. weniger als im Dezember. Die Einfuhr von Deutschland nach Amerika belief sich auf 4,6 Mill. Dollar oder 1 Million weniger als im Monat vorher. Die Schweizerische Handelsstatistik ergab im Jahre 1920 in der Einfuhr 4,2 Milliarden Franken gegen 3,5 Milliarden im Jahre 1919. Die Ausfuhr erreichte 3,3 Milliarden Franken, sie weicht vom Vorjahr nicht erheblich ab. Die Ausfuhr Belgien's bezifferte sich 1920 auf 3,7 Milliarden Franken gegen 2,3 Milliarden im Jahre 1919. Die Einfuhr stieg von 5,2 Milliarden auf 11,2 Milliarden Franken. Die dann in die Handelsbilanz schließt mit einem sehr hohen Einfuhrüberschuss von 1374 Mill. Kronen ab gegen 1654 Mill. im Jahre vorher.

Der gleiche wirtschaftliche Druck, der auf alle Industriestaaten lastet, zeitigt auch gleiche Erscheinungen. Wir klagen über den schlechten Stand unserer Eisenbahnen, über die enorm hohen Zuschüsse, die diese einst gut florierenden Unternehmungen jetzt erfordern. Bei den englischen Eisenbahnen wird das Defizit für 1920 ungefähr 45 Mill. Pfund betragen und die französischen Eisenbahnen geben ihren Fehlbetrag auf 2800 Mill. Franken an.

Die englische Regierung läßt die Situation, die durch die Wirtschaftskrise entstanden ist, zu einem Vorstoß auf dem Gebiete der Schuhpolitik aus. Die Arbeitslosigkeit macht ihr auch in den Kreisen die Stimmung geneigt, die bisher dem Freihandel günstig gelonnen waren. Die Vorlage, die vom Kabinett an das Unterhaus gebracht wird, will die Einfuhr einiger Waren überhaupt von der Erlaubnis abhängig machen; es soll sodann versucht werden nach dem Stande der Valuta des Auslandes den Zoll zu bemessen. In Handelskreisen macht sich gegen diese Behinderung des Handels eine lebhafte Opposition bemerkbar, ob es ihr gelingt, das Vorhaben der Regierung zu hindern, steht dahin. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine solche Zollbehandlung für den deutschen Export geradezu verhängnisvoll werden muß. In den Vereinigten Staaten sind die Kräfte für die Neuregelung des Zolltarifs gleichfalls am Werke, so daß uns auch dort ein wichtiger Markt für den Absatz unserer Waren, wenn nicht verloren geht, so doch in der Aufnahme deutscher Waren erschwert und vermindert wird.

Wie bekannt, gewährt das Ernährungsministerium dem Landwirt, der über 70 Prozent seines Lieferungsholls an Brotgetreide und über 50 Prozent des Hafers ab liefert, eine sogenannte Maisprämie. Das heißt, der Landwirt erhält für jeden Zentner Getreide, den er über die genannte Höhe seines Lieferungsholls ab liefert, einen Bezugsschein für Mais, und er erhält diesen Mais für 60 Pfennig den Zentner, während der Handelspreis 180 Pfennig beträgt. Somit wird dem Landwirt eine Prämie für einen Teil seines Getreides gewährt, die auf ungefähr 100 Mark pro Zentner zu veranschlagen ist, d. h. 2000 Mark für die Tonne. In etwas verschlechterter Form ist also wiederum eine Erhöhung des Preises für Brotgetreide und Hafer zur Durchführung gekommen und zwar in einem so rechtlichen Maße wie er bisher noch nicht erzielt wurde. Der Zuschlag ist höher als der gültige Getreidepreis, der für Weizen 1640 Pf. beträgt und mit der Maisprämie dann auf 3640 Pf. für Hafer auf 3450 Pf. hinaufgetrieben wird. Damit wären wir dann so ziemlich an den Weltmarktpreis gelangt und es verschwindet der Augen für die Reichskasse, der aus dieser Manipulation hergeleitet wurde. Die 2000 Mark Prämie werden aus der Reichskasse zugeschossen, es ist ein besonderes Geschenk für die Landwirte. Dem Reichstag machte man die Sache dadurch schwachhaft, daß man behauptete, es würde die größere Ablieferung von Inlandsgetreide eine Ersparnis bedeuten für die damit zusammenhängende Mindesteinfuhr von Auslandsgetreide. Diese Aussicht schwindet, sobald der Dollar fällt. Wir hatten bereits einen Stand des Dollars, der es gestattete, Getreide zu dem hier verrechneten Inlandspreis aufzutauen. Die Prämienwirtschaft sollte den Land-

wirt in die Lage versetzen, im Mais das nötige Viehfutter zu erhalten, damit er nicht das Brotgetreide in den Viehtrug schüttet. Nun wird erklärt, daß der Landwirt für den Mais keine Verwendung hat und es bildet sich für die Bezugsscheine ein Handel heraus, ähnlich wie seinerzeit bei den Ausfuhr scheinen für Getreide. Diese Bezugsscheine werden nun auch von den Brennereien ausgetauscht und damit wird der Zweck, unsere Viehhaltung mit dem Mais aufwärts zu bringen, zum Teil vereitelt und offenbart sich die ganze Maisprämie als eine Liebesgabe, die beim Großgrundbesitz, wo sehr erhebliche Mengen der reichen Ablesung in Frage kommen, zu einer enormen Bereicherung führen muß.

Trotz der verhältnismäßig guten Kartoffelernte im vorigen Jahre verlangt der Kartoffelgroßhändler-Verein die freie Einfuhr vom Auslande, weil er glaubt, damit die Preise im Inlande in den gegenwärtigen Grenzen zu halten. Danach muß man annehmen, daß trotz des ungünstigen Standes unserer Valuta die Preise im Inlande bereits über die des Auslandes hinausgegangen sind. Die Preistreiberei hat mithin glänzende Fortschritte gemacht.

Pfeffers Frontbund vor Gericht.

Agrarier und Großindustrielle als Geldgeber.

Am Dienstag begann vor dem Sondergericht des Gruppenkommandos 1 in Stargard in Pommern der Prozeß gegen den ehemaligen Freikorpsführer Hauptmann Pfeffer, der beschuldigt ist, im Kreise Arnswalde eine Arbeitsgemeinschaft entlassener Soldaten geleitet zu haben, die ausgesprochen militärischen Charakter trug. Sie war nach Kompanien, Batterien und Jügen eingeteilt. An verschiedenen Orten waren Werbehäuser. Die Leute erhielten auf den Gütern etwa 12 bis 18 Pf. Lohn und außerdem einen Lohnzuschlag von 2 Pf. von Hauptmann Pfeffer. Die Leute fungierten offiziell als Landarbeiter. Täglich fanden Befehlsausgabe und Besichtigungen statt. Für die Arbeitsgemeinschaft waren besondere Werbestellen im Sennelager, in der Stadt Arnswalde und zeitweise auch in Berlin vorhanden. Mehrere Waffenlager sollen sich im Kreise Arnswalde, ein großes Depot im Sennelager befunden haben. Außerdem war ein Flugzeug und zwei Panzerwagen, wie die Anklage behauptet, auf einem Rittergute bei Arnswalde untergebracht. Pfeffer soll durch seine Adjutanten ständig mit den einzelnen Kompanien Führung unterhalten und einmal eine größere militärische Übung bei Arnswalde veranstaltet haben.

Hauptmann Pfeffer soll auch im Juli 1920 gesagt haben, daß er einen Reichsputsch plane. Es seien viele Leute entlassen worden, die noch gerne Soldaten geblieben wären, diese Kräfte wollte ich dem Vaterlande nutzbar machen. Deshalb gründete ich das Freikorps Pfeffer. Durch das Freikorps sind etwa 10 000 bis 15 000 Mann gegangen, die Stärke war 2000 bis 3000 Mann. Während des Kapp-Putschs war das Corps im Sennelager. Ich bin im Flugzeug nach Berlin gefahren, um mich zu überzeugen, und habe in der Reichskanzlei feststellen können, daß die Regierungsgewalt in der Hand der Kappelute war. Am nächsten Tage trat die Kappregierung zurück, so daß man von einer Kappbewegung im Ruhrgebiet nicht sprechen kann. Ich stand natürlich den Kappeluten viel sympathischer gegenüber als den Schwarzenrotgoldenen. Ich hätte mich natürlich schließlich auch der Kappregierung anständiger angegeschlossen, aber so weit kam es gar nicht. Der Angeklagte erzählte von seiner politischen und menschlichen Gedankenwelt: Ich bin von Kindheit an soldatisch erzogen, mit altpreußischem Geschichtskreis. Ich bin bei meiner Tätigkeit im starken Gegenstand zur Sozialdemokratie getreten. Auf die Frage des Vorsitzenden gibt der Angeklagte zu, in Potsdam und Paderborn die Minister und Regierung als Sch... leute bezeichnet zu haben. Solche Ausdrücke gehörten nach den Worten Pfeffers in das militärische Repertoire. Bei der Unterbringung der Mannschaften habe ihm der Landbund geholfen, der auch Geldzuschüsse gab. Der militärische Charakter der "Arbeitsgemeinschaft" habe sich nicht über Nacht ablegen lassen. Die organisierten Landarbeiter durften die Lohnbedingungen nicht erfahren, zu denen die Arbeits-

Franzi und Heini.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Kompert.

82. Fortsetzung.

Was mir dabei im Sinn lag, daß ich gerade diesen zwei Sägen den Vorzug gab, ist klar genug. Ich erlebte aber dabei eine der bittersten Enttäuschungen.

Ich ließ die zwei Säge zweit von den Schülerinnen mehrmals hintereinander lesen; aber keine Miene zuckte höher auf; ich gewahrsie nirgendwo ein selbst schwaches, eingehendes Verständnis. Als ich dann die Säge selbst las, nachdem ich vorausgelesen, in welchem Buche sie enthalten seien, änderte sich die Stimmung gleichwohl nur sehr wenig. Sie horchten auf; aber an ihr inneres Gehör warten die Worte nicht gedrungen. Lagen sie ihnen viel zu ferne?

Bosser ging es bereits mit der sachlichen Erklärung, die ich nachfolgen ließ. Die "Engelszungen" bereiteten mir keine Schwierigkeit. Dagegen vermochte ich erst das an und für sich und namentlich vom Standpunkt der Grammatik so schwer zu behandelnde: Und hätte der Lieb nicht einigenmaßen ihnen näher zu rücken. Der ungewohnte Genitiv stellte sich hier wie ein unbeherrschbares Bollwerk entgegen. Erst als ich statt der "Liebe" das Wort "Mitleid" substituierte, brach etwas wie eine leise Dämmerung herein.

Sohn dorntiger gestaltete sich die Sache, als ich an das "tönende Erz" und die "klingende Schelle" kam. Wird man es glauben? Unter den mehr als leichten Mädchen, die meine Klasse zählte, war kaum eines, das den Begriff "Schelle" kannte, dem er geläufig war!

Um besten ging es noch mit dem: Nichtet nicht, auf d. i. ihr hört gerichtet werdet! Denn hier konnte die Ratschwendung aus der allernächsten Nähe, aus Haus und Gasse herabdringen.

Aber eine Wirkung, oder was man so nennt, ergabte ich nicht.

Leider ein gesteigertes Aufmerken ging es nicht hinaus. Summa summam, Enttäuschung und Entgegnung des Soeben erlebten Schöpfers!

Als der Kooperator, der die nächste Stunde für keinen Gegenstand braute, kam Stunden die beiden machtvollen Säge aus dem Kompelum noch an der Tafel. Seine Blüte fielen logisch darauf.

Ich kann nicht sagen, welchem spöttischen Lächeln ich da seinerseits begegnete.

"Ei, ei!" sagte er zu mir, indem er mich in eine der Fensteröffnungen zog, "wie seid Ihr dazu gekommen? Ihr pritscht ja da in unser Handwerk und treibt grammatisches Theologiel!"

Da ich ihn so guter Laune sah, sagte ich ihm in der selben Weise, ich hätte heute das Bedürfnis gefühlt, die sonst landläufigen Beispiele aus der Naturgeschichte und verwandten Gegenständen — durch diese zwei Säge aus dem Evangelium zu erschöpfen.

Er sah mich scharf an. Dann meinte er mit grohem Ernst: "Dagegen liebst sich eigentlich wenig einwenden, ja wir müßten uns eigentlich freuen, wenn Ihr statt des heiligen Darwin zur Abwechselung es mit dem heiligen Paulus oder Johannes versucht. Wenn nur eure Auslegung nicht wäre, ihr Herren von Gnaden des Volksschulgelehrtes! Diese aber ist uns gegeben; sie ist unser Erbe, von fast zwei Jahrtausenden auf uns überkommen, und wir werden und können darauf nicht verzichten" . . .

Als ich zum ersten Male nach Wien kam, erregte nichts so sehr meine Bewunderung, ja mein Staunen, als der grüne Baum — ich glaube, es war eine Eiche, die hoch oben auf dem steilen Dache der Stephanskirche, gleichsam in den Lüften schwabend und von unsichtbaren Händen gehalten, Wurzeln geschlagen und im Sturm und Sonnenchein sich ihres Daseins freute. Wie oft machte ich Umwege beträchtlicher Länge, bloß um zu ihm hinanzuhilfen, dem grünen Wahrzeichen, das ja selbst in das müste Geheim der großen Stadt hinausglitt.

Wer hat den Baum dahinauf versetzt? Wo ist der Wind, der sein erstes Samenkorn gerade dort oben festgehalten, der Tropfen Feuchtigkeit, der ihn zum ersten Male genetzt, der Sonnenstrahl, der ihn gewärmt hat! Alles dahin! Und dennoch steht das grüne Blätzenwunder und gedeiht von Jahr zu Jahr.

Et es so mit den zwei Sägen auf der Tafel?

7. Juli.

Im Hübnerhof-Durchhaus und Umgebung ist alles in lebhaftester Aufregung und Bewegung. Nicht nur der Hausmeister hat eine „Zustellung“ für einen der folgenden Tage wegen Erteilung einer „Auskunft“ vor Gericht zu erscheinen, erhalten, auch in die Wohnung der Frau Blüthenstern ist eine solche Einladung eingegangen.

Sie klopft heute in aller Frühe bei mir an. Darauf, als ich ihr Einlaß gewähre, tanzt sie mit ihrem schweren Bart „alter Sachen“, nur daß es diesmal von einem noch beträchtlicheren Umfang erscheint als sonst.

Sie war tiefschwarz und reichte mir sprachlos einen Zettel entgegen, der sich als eine gerichtliche Zustellung zu erkennen gab.

"Das ist eine Vorladung," sagte ich ihr, „zu Gericht, damit Sie dabeißt eine Auskunft erteilen.“

"Ich hab' lesen gelernt," meinte sie in einem Tone, dem ein gewisses Beträktheit nicht abgesprochen werden konnte. „Glauben Sie, ich weiß nicht, was auf dem Zettel steht? Pauline Blüthenstern und nicht lesen können! In meinem Kopf geht gar nicht hinein, was ich alles schon gelesen habe und was ich noch hätte lesen können! Also darum bin ich nicht in aller Frühe zu Ihnen gekommen! Ich bin nur gekommen, um mir Rat bei Ihnen zu erholen, was ich machen soll, denn ich bin in großer Sorge.“

„Ich mußte hell auflachen.

"Warum lachen Sie, Herr Lehrer?" fragte sie ängstlich.

"Weil Sie von mir die Gabe eines Propheten verlangen."

"Wieso?"

"Weil ich, welche Auskunft Sie dem Gericht erteilen sollen?"

Es war offenbar: seit der letzten Unterredung, die ich mit Frau Blüthenstern gehabt, war ich in ihrer Achtung, so weit sie die Schärfe meiner Verstandeskraft betrifft, nicht gestiegen; ich fühlte sie sehr fein, fast hörtisch.

"Das steht doch ein neugeborenes Kind ein," meinte sie, "was für eine Auskunft ich dort abgeben soll?"

"Sie wissen also, was Ihnen bevorsteht?"

"So gut, als ich weiß, daß der Kopf da auf mir Blüthensterns Kopf ist . . . Um das Mädchen wird es sich handeln, um die Franziska!"

"Sie könnten recht haben."

"Recht? Ich habe recht! Denn ich könnte mich auch irren. Jeder Mensch kann irren. Soll ich mich allein nicht irren können? Das also ist für mich eine ausgemachte Sache. Die Frage ist nur für mich: Was soll ich antworten, wenn ich vor dem Richter stehen werde?"

"Ich verstehe Sie nicht, Frau Blüthenstern."

"Sagen Sie lieber, Sie wollen mich nicht verstehen!" sagte sie, nicht wenig ärgerlich.

Dann aber, als hereute sie aus vollem Herzen, mir den gesuchenden Zoll der Achtung versagt zu haben, legte sie mit allen Zeichen tiefsterster Demut:

"Sie stehen so hoch über mir, mein goldener Herr Lehrer! wie soll ich nur gleich sagen? . . . wie ein Turm! besonders, was den Verstand betrifft! Zu dem denn soll ich gehen, wenn ich in meiner Lage keinen guten Rat brauche? Etwa zu meinem Haussmeister mit einem guten Rat?"

"Mich rührte die Frau bis zur Weinenheit."

(Fortsetzung folgt.)

gemeinschaft arbeitete. Unsäubere Elemente wollten wir nicht unter uns haben, Schweinehunde sollten herausgeworfen werden. Die Gutsbesitzer bezahlten Debonairdienst zu mir wie geleistete Arbeit. Der Landbund gab mir Geldmittel, um im Falle zu niedriger Entlohnung auf einzelnen Gütern auszuholen zu können. Der Landbund hat das Geld dann wieder auf die einzelnen Gutsbesitzer umgelegt. Die Abschnitte sollten deshalb Stammrollen führen, um nötigenfalls bei den Abwicklungsstellen Erkundigungen über die moralischen Qualitäten eines Mannes einholen zu können. Die Militärs fahrschulne, mit denen die Leute nach Arnswalde reisen, waren höchst ungern, von denen ich nichts wusste. Die Leute, die im Stettiner Bahnhof festgesetzt wurden, gehörten zu einem Transport des Fahnenjunkers Wäschler, der eine hochsouveräne Natur ist. In einem Lagebericht aus Pommern, verfaßt vom Hauptmann Pfesser, heißt es: Es müsse eine Schuhorganisation für die besiegte Klasse geschaffen werden, die gleichzeitig in naher Zukunft den roten Umsturz bekämpfen könnte. Pfesser erklärt, dieser Lagebericht beziehe sich nicht auf die Arbeitsgemeinschaft, sondern sei Urteil und Auffassung von Leuten aus Pommern, die er damals gesprochen hatte. Decknamen habe er deshalb verwendet, damit ihm Postmeister "kleinen Schabernad" spielen, denn sein Name sei sehr bekannt gewesen. Die Angaben über Waffen auf der Rückseite eines von ihm geschriebenen Schriftstückes erklärt Pfesser für Spielearbeit. Übungen hätten nie stattgefunden. Gegen ihn seien die merkwürdigsten Haftbefehle erlassen. Um die Leute in Arnswalde nicht allein zu lassen, habe er sich der Verhaftung entzogen.

Der erste Zeuge ist der Leiter des Landarbeiterverbandes Arnswalde, Draeger, der seinerzeit eine Anzahl von Anzeigen über das Treiben Pfessers erstattet hatte. Der Zeuge bestätigt, daß im Juni 1920 in Arnswalde Scharen von Soldaten in Tropenuniform angelommen und in den dortigen Gasthäusern untergebracht worden seien. Von seinen Gewährsleuten auf den Gütern hat der Zeuge dann erfahren, daß die Soldaten auf den Gütern nur unherstanden und keine Arbeit verrichtet haben. Ein Teil dieser Leute habe auch versucht, sich in den Landarbeiterverbänden aufzunehmen zu lassen. Er, der Zeuge, habe dieses Erfuchen jedoch abgelehnt. Er, der Zeuge, habe den Eindruck gehabt, daß es sich um eine Organisation des Gegnervereinigung gehandelt habe, die entweder gegen die Arbeiterschaft auftreten oder selbst auf eigene Faust etwas unternehmen wollte.

Zeuge Dittmeyer, Übermachungsbeamter der Reichspolizeidirektion, der im Kreise Arnswalde tätig war, wohnte einer Unterredung zwischen zwei Angehörigen der Arbeitsgemeinschaft Pfesser bei, in der von einer Konferenz in Lüdisches Hotel mit Hauptmann Pfesser die Rede war sowie davon, daß die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft außer ihrem Lohn von den Landwirten noch 1,50 Mark Löhnnung pro Tag erhalten, die ihnen Hauptmann Pfesser auszahlte. Dieser erhielt das Geld von den ehemaligen Großindustriellen. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß er es mit einer illegalen Organisation zu tun hatte, und daß Hauptmann Pfesser das Werkzeug der reaktionären Kaste sei.

Der Zeuge Handlungsgeselle Bünnemeier war Mitglied der Arbeitsgemeinschaft. Der Zeuge fuhr zusammen mit einem anderen Mitglied der Arbeitsgemeinschaft, Jelenberg, nach Berlin und gab der Redaktion der "Freiheit" Material, das von Pfesser stammte. Auf Beifragen erklärt der Zeuge, daß er hierfür einmal 150 und einmal 25 Mark erhalten habe. Der Zeuge weiß nichts von Waffen oder militärischen Übungen, will aber auch den Eindruck gehabt haben, daß es sich um eine illegale Organisation gehandelt habe. — Staatsanwalt Ramin: Wissen Sie, von welchen Firmen Hauptmann Pfesser das Geld erhalten haben soll? — Zeuge: Mir wurde gesagt, von der A.G.C. — Vorw.: Es sollen ja auch zwei Berliner Weinfirmen Geld gegeben haben. — Staatsanwalt Ramin: Jawohl, die Firmen Eggebrecht und Trarbach.

Der politische Redakteur der "Freiheit", Rabold, bestätigt, daß seiner Zeitung wichtige Mitteilungen über die Arbeitsgemeinschaft Pfesser zugegangen seien. Die Bezeichnung Arbeitsgemeinschaft sei für ihn nur der Deckname für ein noch bestehendes Freikorps. Die "Freiheit" weise jeden von vornherein ab, der sofort mit einer Geldforderung komme. Der Zeuge legt dann dem Gericht weiteres Material über die Arbeitsgemeinschaft Pfesser vor, unter anderem einen Zettel, unterzeichnet Leutnant v. Schnorrberg, der Mitglied der Arbeitsgemeinschaft war. In diesem Schriftstück werden Flieger, U-Boot, Artillerie und R.A.-Schützen gefordert.

Der Angeklagte erklärt hierzu, daß ihm dieser Zettel ganz unbekannt sei und daß er nichts damit zu tun habe. Deswegen legte Rabold die Reproduktion einer Karte vor, die aus dem Büro Arnswalde kommt und Eintragungen von der Hand Pfessers enthält. Auf der Karte sind die Namen verschiedener Güter unterstrichen. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß die Karte höchst militärischer Art sei, denn es sei u. a. auf

der Bemerk "Sturm batterie" darauf vermerkt. Der Angeklagte bemerkte hierzu, daß die Eintragungen tatsächlich von ihm stammen. Die Bezeichnung Sturm batterie bedeutet, daß in diesem Abschnitt die ehemaligen Angehörigen der Sturm batterie untergebracht wären. — Vorw.: Sie müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß das Gericht aus dieser Tatsache irgendwelche Schlüsse zieht. — Zeuge Rabold: Uns wurde auch mitgeteilt, daß auf den Gütern, deren Namen auf der Landkarte unterstrichen sind, sich Waffenlage befanden. Hätte man dort so gründlich nach Waffen gesucht, wie bei Oberleutnant Paasche, dann hätte man wohl auch welche gefunden. Außerdem muß ich noch bemerken, daß, wenn über die Herren in Arnswalde nachgeforstet werden sollte, die Herren bereits gewarnt und bei der Ankunft der Beamten verschwunden waren.

dürftig steht, kann es nicht ausbleiben, daß die Komödie selbst durch steinige und dünne Wüsten führt, die ein Gefühl von Langeweile auslösen lassen, ohne aber der Komödie als Gesamtkomödie zu schaden. Wolf von Lößlow hatte die Komödie geschmacvoll in Szene gesetzt; er hatte nicht nur einen prächtigen Rahmen für die fünf Akte geschaffen, sondern auch einen jeden an die richtige Stelle gesetzt. Um die ganze Komödie mehr in das Gebiet des Sagenhaften zu heben, ließ er die gut gelungene Regenjagd des ersten Aktes auf erhöhter Bühne sich abspielen. Eliza war Mizzi Schulz, die einfach tödlich war. Man mußte sie heulen hören. Es war geradezu zum Steinerweichen. Ob Blumenmädchen oder Brautgräfin: in allen Lebenslagen war sie wunderbar natürlich. Die starken Wirkungen strahlten von dieser hochbegabten Schauspielerin aus. Den Professor spielte Fritz Wall in seine geistig überlegene und hundeschäuzige Art und Weise. Beim Komödienbühnensturz kam der Zuschauer stets auf seine Kosten. Die übrigen Rollen trugen reiche episodenhaften Charakter. Als Oberst Wiedering wußte sich Eduard Kühl recht wenig zur Geltung zu bringen. Hingegen war der Bauer Elias, wie ihn Hermann Norde den gab, aus gutem Holze geschnitten. Heinrichs Mutter hatte die Hölle gekämpft. Erna und eine vortrefflich anprechende Verdreterin gefunden. Dank der allgemein trefflichen Darstellung fand die Komödie bei den Zuhörern lebhafte Beifall.

Reich und Ausland.

Sieben Personen durch Osengas getötet. Zur Beerdigung ihres Vaters, des 79jährigen Tischlermeisters Blenbacher in Saltschach (Ostpreußen) waren die beiden erwachsenen Söhne des Verstorbenen mit ihren Frauen in das Totenkopfhaus gekommen. Sie schliefen in der Nacht mit der alten Mutter und zwei anderen Verwandten in einem kleinen Zimmer, dessen Ofen am Abend vorher sehr stark geheizt worden war. Am Morgen fand man die beiden Söhne und ihre Frauen tot in den Betten. Sie waren durch giftige Gase, die aus dem unbedienten Ofen ins Zimmer gebrückt waren, erstickt. Die greise Mutter der Verstorbenen und die beiden anderen Verwandten gaben noch schwache Lebenszeichen von sich, starben aber bald nach der Einlieferung in das Krankenhaus.

Schiffsunfall bei Neuküren. Bei der Einfahrt in den Hafen von Neuküren wurde von dem starken Nordweststurm, der an der ostpreußischen Küste herrschte, ein vom Fischfang heimkehrender Rutter gegen die Molenmauer geschleudert und enterte. Die Insassen, drei Fischer aus Franz, ertranken.

Großfeuer in den Stahlwerken von Terrija. In den rohen Stahlwerken von Terrija in Winnitschka ist ein großes Feuer ausgebrochen, ein großer Brand aus, der einen Schaden von ungefähr 80 Millionen Kronen anrichtete. Zahlreiche Maschinen wurden beschädigt und unbrauchbar gemacht.

Ein Ehepaar von kleinen Söhnen ermordet und beraubt. Ein unheimliches Verbrechen ist die Polizeibehörde in Nischwitz auf die Stour gekommen. Der seit Monaten vermisste Kindesfeind Schatz und dessen Ehefrau wurden, wie die Nachforschungen der Kriminalpolizei jetzt ergeben haben, im März 1920 von den elterlichen Söhnen Wilhelm und Ernst mit einem Messer erschlagen und beraubt. Die Leichen wurden damals von den Mörfern in einen Bach geworfen. Das Kinounternehmen und die Wohnungseinrichtung der Eltern haben sie verkauft und sich dann nach Magdeburg begaben. Dort sind beide verhaftet worden.

Am Flugzeug tödlich vernichtet. Aus Christiania wird gemeldet, daß der schwedische Fliegeroffizier Lieutenant v. Seebad bei den Fliegerwettbewerben mit seinem Flugzeug, aus 300 Meter Höhe abgestürzt ist. Lieutenant v. Seebad war sofort tot.

Theater und Musik.

"Pygmalion", Komödie in 5 Akten von Bernhard Shaw. Die altgriechische Sage von Pygmalion, der König auf Cypern war, erzählt, daß er in festiger Leidenschaft zu einer von ihm geschnittenen menschlichen Statue entstand. Auf seine Bitten beobachtete sie Aphrodite, die Göttin der Schönheit und Liebe, worauf dann Pygmalion sie zur Gemahlin nahm. Dieser griechischen Sage hat Bernhard Shaw, der englische Dichter und Sozialist, ein neuzeitliches Gewand angezogen, um an dem Kulturfestnis von heute seinen ökologen Spott auszulassen. Der moderne Pygmalion heißt bei Shaw Professor Henry Higgins und ist Forscher aus Beruf und Reizung. Sein Spezialgebiet ist die Erforschung der verschiedenen Dialekte der englischen Sprache. Mit seinem Freunde Oberst Bunting geht er die Wette ein, ein Blumenmädchen, das er nachts auf der Straße aufgelesen hat, innerhalb sechs Monaten so weit zu fördern, daß er sie als Herzogin bei Hofe einzuführen kann, ohne daß jemand ihre Herkunft von der Straße erkennt. Der Versuch gelingt über alle Maßen. Eliza Doolittle ist ein sehr gesünderliches Werkzeug, so daß Henry Higgins seine Wette glänzend gewinnt. Aber nun wendet sich das Geißel wider seinen Schöpfer. Eliza denkt nicht daran, wieder in den Strassenkramm zurückzufahren und Blumen zu verkaufen. Sie ist zum Bewußtsein ihrer Persönlichkeit gekommen und könnte ihrerseits ihren Lehrer lehren, wie man sich in gesitteter Gesellschaft zu benehmen hat. Wenn er gestraubt hatte, Eliza wie eine ausgesetzte Witwe wegzuwerfen zu können, nachdem sein Exzessivtum gelungen ist, so tut er sich. Der einsatzscheide Junggeselle und Künstler wird mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Eliza wird Shaw deutet es nur leise, ganz leise an) seine Göttin werden, weil Kabel und Handlung für ihn so ziemlich Nebensache sind. Die Hauptrolle ist für ihn — wie für den geistvollen Spötter Shaw in allen seinen Komödien — an der bürgerlichen Gesellschaft seinen blutigen Hohn und Spott auszulassen, und in recht geschilderter Weise den Beweis zu erbringen, daß die gesellschaftliche Kultur nur Kritis und aufsehenerregende Schämisse ist. Da die Handlung

Vorleistung, Spiel, Sport und Körperpflege.

Bezirksspiele der Knaben-Mannschaften am Sonntag, den 18. März. Moisling II gegen Marl I A.T.B. 10 Uhr Moisling, Moisling I gegen Marl I A.T.B. 11 Uhr Moisling. Seereb gegen A.T.B. Lübeck I Marl I 1 Uhr Seereb. Schlutup II gegen A.T.B. III Rüthen 10 Uhr Schlutup. Schlutup I gegen Vorwerk 11 Uhr Schlutup. — Sonntag, den 28. März. Vorwärts I gegen Schlutup II A.T.B. 9 Uhr St. Lorenz. Vorwärts I gegen Schlutup I A.T.B. 10 Uhr St. Lorenz. Moisling I gegen A.T.B. I Vorwärts 9.30 Moisling. Moisling I gegen A.T.B. I Vorwärts 10.30 Moisling. Vorwerk I gegen Marl I Seereb 1 Uhr Vorwerk. Die Spiele der Herren-Mannschaften Rüthen-Schwartau finden zu folgenden Seiten statt. Morgen 10 Uhr spielen die III. und nachmittags 1 Uhr die II. Mannschaften. Diese Verlegung ist notwendig wegen des um $\frac{1}{4}$ Uhr stattfindenden Lichtbilder-Vortrages des Turninspektors Müller aus Hamburg. Gähnliches Geschehen zu dem Vortrag ist erwartet.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Neuschaffung von Beamtenstellen.

Erst unlängst ist der neue Beamtenbefreiungsetat von Senats und Bürgerschaft verabschiedet worden, durch den eine Reihe neuer Stellen geschaffen sind, und schon ist der Bürgerschaft eine neue Vorlage für die Neuschaffung von Beamtenstellen zugegangen. Bei der Verabschiedung des Befreiungsetats hieß es, daß alle Anträge auf Neuschaffung oder Umwandlung von Stellen, soweit sie nicht durch den Staat erledigt werden, noch geprüft und später zusammen behandelt werden sollen. Statt dessen sollen nun wiederum eine Anzahl Stellen vorweg genehmigt werden, ohne daß auch nur mit einem Wort der weiteren noch der Erledigung barrenden Anträge der übrigen Behörden gebacht wird. Glaubt man wirklich, daß die neuendrings beantragten Stellen nötiger sind als die mit den übrigen Anträgen beantragten Stellen? Die Gründe, die für die Errichtung der neuen Stellen geltend gemacht sind, sind ganz gewiß nicht triftiger, als sie auch für andere Stellen auftreten, die nun abermals zurückgelassen sollen. Ist es behilfweise dringend nötig, beim Jugendamt eine Oberassistenten- und zwei Assistentenstellen zu schaffen, während die gleichfalls gestellten Anträge anderer Behörden einfach unberücksichtigt bleiben? Was liegt ferner für eine dringende Veranlassung vor, dem Sekretär der Beauftragungskommission eine Bezahlung nach Gruppe 8 zu gewähren, bei der Beauftragungskommission eine Obersekretärstelle zu schaffen usw.? Glaubt man ernstlich, daß an die Inhaber dieser Stellen größere Anforderungen gestellt werden als an diejenigen anderer minderwertiger selbständiger Stellen? Man geht einmal die einzelnen Behörden durch und wird sich dann bald von dem Gegenteil überzeugen müssen. Will man nicht neue Unzufriedenheit unter den Beamten schaffen und, wie der Ausschluß für die Vereinfachung der Verwaltung treffend erklärt hat, Nachwirkung bei anderen Behörden herbeiführen; dann empfiehlt es sich dringend, die jetzt beantragten Stellen mit den noch der Erledigung barrenden Anträgen zusammen zu verabschieden.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffsnamen Kapitän Heimathafen Fahrzeit Tage Gb.

| Angekommen am 10. März 1921. | | |
|------------------------------|----------|---------------|
| D. | S. | |
| Rieker | Rucks | Helsingborg 2 |
| R. W. 50 | Andersen | Helsingborg 2 |
| R. W. 87 | Böhl | Riel 2 |
| Travemünde | Harder | von See 22 |
| Kehmarn | Schwenn | Burg 2 |
| Stolzer | Schmidt | Wenrade 1 |
| Angekommen am 11. März 1921. | | |
| Rastor | Wolmers | Ogelsund 8 |

Schwartau

Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak in all. Preisen, nur erste Fabrik, Zigarren-Spezialhaus Georg J. P. Schmidt, Bahnhofstr. 2, Endstation der Straßenbahn. • Marktpavillon Schokolade, Konfitüren, Zigarren, Zigaretten, Reiseandenken.

Kurhaus Schwartau

Hotel und Restaurant I. Ranges, anerkannt vorzüglich, Küche • Sool-, Moor- und med. Bäder im Hause.

Waldhalle: Tägl. Konzert

Beliebter Ausflugsort der Lübecker.

Geertz Hotel

am Riesenbusch, Jede Sonntag: Konzert, Riesenbaschhalle: Tanzkränzchen.

Hotel Lilbeker Hof

Tel. 1066, am Markt mit Saal und Kegelbahn.

Aug. Hartkopf

Lübecker Straße 16, Tel. 1842, Kohlen, Gegründet 1885.

W. Wiencke

Lübeck, Str. 4, Tel. 2442, Autorep., Fahrzeuge, Nähmasch.

Herm. Schwaberow

Zahnpraxis

Anna Martin

Kaffeehaus Schwarz vorne, Rogall, Am Riesenbusch.

Skull bei den in der Gefangenlager befindlichen Kämpfern unserer Sieger

Fortsetzung der Geschäftlichen Rundschau von Lübeck. C.

Hotel Stadt Hamburg, Lübeck.

Weißer Engel Jeden Sonntag: Grosser Ball. Endstation der Straßenbahn-Linie 1.

Uhren-Henke, Gr. Burgstr. 51. Anerkannt vorzüglich. Zugeweihte Uhr, Gold- u. Silber-, sowie Trauringe. Fachm. Ausführung auch schwieriger Repar. in eig. Werkst.

B. Dittmer, Schuhgeschäft, Fünfhausen Nr. 7

Eduard Bräsig, in edlen Federn, Säften u. alkohol. Getränken. B. Frankel, Breite Str. 25, Telefon 4.

F. W. Tietz, Bremerstr. 24, Fernsprecher 943. Spezialmaterialien - Transporte aller Art.

Friedr. Michael, aller Art preiswert i. Spezialhaus ELEKTRA, Tel. 5230, Königstraße 62.

Alfons Helle, Dankwartsgrube 40.

Franz Wehrendt, Balanestoh. 35, Tel. 8343. An- u. Verk. sämtl. Kleid. Wäsche, Fußware.

Frau F. Jacobson, Glockengießereistraße 44.

Margaretha Dahle, Putz- u. Reinigungsmeisterin. Mühlenstraße 2.

J. Bergermeier, Schuhm. Möhlenstr. 34.

Felix Karstadt & Laurisch, Germes Str. 48, Telefon 1158.

Chemische Reinigung — Teppichklopferwerk.

Laden: Hoisenseite 14, Beckgrube 31, Breite

Str. 86/87, Fackenburger Allee 11 und 72.

Pelzerei 24, Fernsprecher 943. Spezialmaterialien - Transporte aller Art.

Karl Kleinfeld, Bahnhofstraße 8, Reiseandenken und

Was ist Thermidor

Bekanntmachung.

Der im Bauamt Lübeck öffentlich ausgeschlagte abgedeckte Bauantrag für Travemünde wird Montag, den 14. und Dienstag, den 15. ds. Ms. von 9—1 Uhr vormittags und von 2—4 Uhr nachmittags auch im Geschäftszimmer der Behörde für Travemünde im Beisein eines Beauftragten vom Bauamt ausgeliefert werden. (14739)

Die Baubehörde.

Die Diensträume der Baubehörde sind für den Verkehr mit dem Publikum vom 16. März bis 15. Oktober 1921 werktäglich geöffnet von 8 bis 9½ Uhr. Die der Baukasse von 8 bis 1 Uhr. Lübeck, 10. März 1921.

Die Baubehörde.

(14767)

Reichseisenbahn.
Bezirk Schwerin

(Medl.) (14765)

Es wird darauf hingewiesen, dass Schülerkarten spätestens 8 Tage vor dem Beginn der Fahrtzeit bei der Fahrkartenausgabe der Reiseantrittsstation unter Vorlage des vorgeschriebenen Beistellscheins bestellt werden müssen, da andernfalls mit rechtzeitiger Lieferung nicht gerechnet werden kann. Beistellscheine werden von den Fahrkartenausgaben unentgeltlich abgegeben. Dem Beistellschein ist eine Bescheinigung des Schulverbandes über den Schulbesuch beizufügen. In der Bescheinigung sind die Ferientage anzugeben. Es empfiehlt sich die Bestellung der Schülerzeitkarten für ein volles Schuljahr, da deren Preis nach einem niedrigeren Einheitspreis berechnet wird als bei kürzerer Geltungsdauer.

Schwerin, 4. März 1921.
Eisenbahn-Generaldirektion.

Bepachtung der Forsthalle.

Die Forsthalle in Israelsdorf soll vom 1. Mai 1921 ab auf die Dauer von 10 Jahren verpachtet werden. Pachtangebote sind bis zum 18. März d. J. im Bureau der Finanzbehörde, Fleischhauerstr. 18, Zimmer Nr. 6, einzureichen. Dadurch können auch die Bedingungen entgegen genommen werden. (14787)

Lübeck, d. 1. März 1921.
Die Finanzbehörde,
Abteil. für Häuser u. Bläge.

Nach langem schweren Leiden entschlief Mittwoch abend unsere liebe Mutter u. Großmutter. (13799)

Justine Peise

geb. Neumann.

Im tiefer Trauer im Namen aller Hinterbliebenen

Franz Leichtf. L. Fran
geb. Peise.

Lübeck,

Hausstraße 160 III.

Beerdigung am Montag 2½ Uhr von der Feierhalle des Borsigwerke Friedhofs aus.

Für erwünschte Teilnahme meinem Heimgeuge meines lieben Mannes sage allen, insbesondere den Arbeitern und Angestellten der Gunn.-Lübecker Eisenbahn, sowie dem Deut. Eisenb.-Verband, herzlichen Dank! Frau W. Wiegke Wwe. 14768 geb. Schwarz.

Se der Höhe Gleisende zum 1. Mai ein Maßnahmen das meiste kann, bei jedem Jahr gelöst. Höchst Ehr. Frau Steiner. (14769)

14761

Neu eingetroffen

Konfirmanden-Anzüge

Knaben-Anzüge

Herren-Anzüge

preiswert, gut und in faderloser Verarbeitung.

Johannes Holst
Lübeck. (14777)

Markt 6. Kohlmarkt 6.

Zigarrenhaus „Fünfhausen“

empfehlt:
Zigarren von 65 Pf. an,
garantiert rein übersee v. 1.00 Mr. an,
Zigaretten von 15 Pf. an
in großer Auswahl. (14760)
Prima Tabake in allen Schnittarten.
P. Gerhardt, Fünfhausen 31.

Durchgehend geöffnet von 8—6 Uhr.

Leset die Arbeiter-Jugend

Jugend der Arbeiterschaft, rasse Dich aus Deiner Gleichgültigkeit auf, abonniere auf die Zeitschrift der Jugend!
Sie vertritt Deine Interessen, bringt anregende Artikel aus allen Gebieten des Wissens und der Jugendbewegung, ist reich illustriert. Sie ist die größte und verbreitetste Jugendzeitschrift, erscheint zweimal monatlich, der Bezugspreis beträgt 3.— Mr. viertelj., einzeln 60 Pf. Zu bestellen bei allen Postämtern, Buchhandlungen oder direkt beim Verlag der

Buchhandlung Borwoldt, Berlin SW.
Lindenstraße 3.

Dtisch. Transportarbeiterverband.

Ortsverwaltung. Lübeck.



50 Kreuzer sind billig zu verkaufen. J. Klüwer.

(14764) Schwartz. Allee 132.

Nachruf:

Am Montag, dem 7. d. M. starb unser treuer Kollege, der Handarbeiter

Heinr. Wilcken.

Gute Freunde Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 12. März, nachm. 3½ Uhr, auf dem Borrmann'schen Friedhof statt.

Sammelkunst der Kollegen besteht 9½ Uhr.

Die Ortsverwaltung.

14765

Das Betriebsrätegesetz v. Paul Umbrecht

2,50 Mr.

Kunst der freien Rede von Fritz Müller

2,00 Mr.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Schönemannstr. 48.

32 Tannenstr. 23/33a.

Fernruf 1222.

3 Tannenstr